DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

319 28. JAHRGANG April 2011 4,50 €

AUS DEM INHALT:

LOS GEHT'S 2011

In der Nähe von Kassel findet das »Los Geht's« statt, das bundesweite Treffen für Gemeinschaftsinteressierte, Gründungsgruppen und bestehende Kommunen, die noch Einsteiger suchen. Das Treffen lockt jedes Mal mehrere Hundert TeilnehmerInnen an. Die Besonderheit des »Los Geht's 2011«: Es findet auf einem Gelände statt, welches im Anschluss erworben werden kann. Seite 3

ZENSUS 2011

Die Volkszählung 2011, genannt Zensus, läuft derzeit fast unbemerkt auf Hochtouren. 1987 fand die letzte Volkszählung in der BRD statt. Um politische Entscheidungen statistisch zu begründen, stand seit Ende der 90er Jahre der Mikrozensus zur Verfügung. 2011 steht stattdessen eine »registergestützte« Vollerfassung aller BürgerInnen an. Seite 3

DIE KINDER DES SISYFOS

In seinem Zeitroman schildert Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989. Mittels vielfältiger literarischer Stilmittel lässt er die LeserInnen an den Erlebnissen, den Gedanken und Gefühlen der Romanfiguren teilnehmen. Er erzählt von den Erfolgen und Niederlagen, den Hoffnungen und Enttäuschungen der Menschen, die sich mit den in unserer Gesellschaft vorhandenen Ungerechtigkeiten und Machtverhältnissen nicht abfinden. Es sind die Widerstandsleister für eine humane und solidarische Gesellschaft. In neun Folgen drucken wir Auszüge, in denen von selbstorganisierten Aktionen oder der Suche nach Wegen zu einer solidarischen Gesellschaft erzählt wird. Seite 4 und 5

MEDIEN

Im November 2010 fuhr eine Solidaritätsbrigade nach El Salvador. Die TeilnehmerInnen wollten sich vor Ort über die gesellschaftlichen Veränderungen nach dem Sieg der linksgerichteten FMLN bei den Präsidentschaftswahlen 2009 informieren. Neben zwei Wochen aktiver Hilfe in einem Projekt führten sie eine Reihe von Gesprächen mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen. Darüber hinaus besuchte die Gruppe in der Provinz Cabañas das unabhängige Radio Victoria. Seite 6

GENOSSENSCHAFTEN

Die Demokratisierung der Energieversorgung, die Teilhabe an der regionalen Wertschöpfung, das Vorantreiben der lokalen Energiewende und der konkreten Gestaltung einer lokalen Klimapolitik für Wolfhagen und die Region sind die zentralen Themen, mit denen die nordhessische Kommune Energiegeschichte schreibt. Über 300 BürgerInnen kamen zur Gründung der BürgerEnergie-Genossenschaft Wolfhagen. Seite 13

www.contraste.org

POSTWACHSTUMSÖKONOMIE ALS BASIS EINER SOLIDARISCHEN ZIVILISATION

Jenseits des Wachstums?!

Als »Krise der Zivilisation« bezeichnen die indigenen Bewegungen seit dem Weltsozialforum (WSF) 2009 im amazonischen Belem das Zusammentreffen der Krisen von Wirtschaft, Umwelt und demokratischer Legitimation. Aus ihrer Sicht liegen Alternativen nicht in einer erneuten Ankurbelung der Ökonomie, sondern in einer Perspektive gegen die Vermarktung des Lebens und die Zerstörung der Umwelt, und für das »Gute Leben« (buen vivir), für die demokratische Kontrolle der Gemeingüter und für Entkolonialisierung.

Department Store

Montage: Fabian Scheidler, www.counter-images.de

Von Alexis J. Passadakis und Andrea Vetter, Berlin ● In diesem Kontext betont der venezolanische Ökonom Edgardo Lander: »Die Extraktion von Ressourcen muss radikal vermindert werden. Bereits heute wird die Biokapazität der Erde um über 30 Prozent überschritten.« Da es aber im Süden einen erheblichen Bedarf an sozialer Infrastruktur gebe – von Energie über Gesundheitsdienstleistungen bis hin zu Bildung – sei eine erhebliche Umverteilung von Nord nach Süd nötig. Fazit: Die Ökonomien des Nordens müssen schrumpfen.

Seit einigen Jahren existiert auch in Europa wieder eine neue Auseinandersetzung um eine Ökonomie jenseits des Wachstums. Während in Südeuropa die Décroissance- bzw. Decrescita-Bewegungen sich stark philosophisch orientiert auf Projekte der Solidarischen Ökonomie stützen, entsteht in Großbritannien und Deutschland eine ökonomisch und politisch geprägte Debatte um »Degrowth« bzw. »Postwachstumsökonomie«.

Die Diskussionen um eine Postwachstumsgesellschaft bieten dabei eine strategische Chance, bislang getrennt geführte Diskurse und Praxisfelder unter einer gemeinsamen Perspektive zu verknüpfen – Solidarische Ökonomie und Gemeingüter, Post-Development-Ansätze und makro-ökonomische Konzepte in Zusammenhang mit Wirtschaftsdemokratie etc. – und die soziale mit der ökologischen Frage offensiv zu verbinden. Die Perspektive der lebensweltlich orientierten Solidarischen Ökonomie liegt dabei auf alternativen kooperativen Formen des Wirtschaftens im einzelnen Unternehmen, Wohnprojekt oder in der Konsumgenossenschaft. Die philosophische Debatte beleuchtet insbesondere den Verzicht (bspw. auf Natur, Ruhe, ausreichend Zeit, nicht-ökonomisierte Beziehungen), der mit einem Leben in den heutigen Konsumgesellschaften des globalen Nordens einhergeht; außerdem den eklatanten Mangel an Verteilungsgerechtigkeit durch das Wachstumsmodell weltweit. Während die beiden zuvor genannten Ansätze in sozialen Bewegungen seit langem präsent sind, sind makroökonomische Konzepte zu einem Umbau der Wirtschaft jenseits des Wachstumszwangs bislang kaum entwickelt. Ohne wirtschaftspolitische Konzepte und die dazugehörigen Institutionen lässt sich eine sozial-ökologische Transformation – unter den Bedingungen eines globalisierten finanzmarktgetriebenen Kapitalismus – aber nicht gestalten.

Eine gesamtwirtschaftliche Struktur, die die Wachstumsdynamik umkehrt, ist nicht ohne unmittelbare Eingriffe in das Räderwerk der Kapitalakkumulation zu verwirklichen. Die Kontrolle von Investitionen, Kreditvolumen und Entmonetarisierung von ökonomischen Kreisläufen sind dabei Mittel der Wahl. Zugleich sind sektorale Transformationsstrategien in Verbindung mit Einstiegsprojekten wie Energiedemokratie, kostenloser ÖPNV und ökologische, solidarische Landwirtschaft (z.B. Community Supported Agriculture) notwendig. Hinzu kommt eine deutliche Reduktion der insgesamt in einer Volkswirtschaft geleisteten Lohnarbeitsstunden. Letzteres wiederum bietet eine Grundlage, von einer ressourcenintensiven »imperialen Lebensweise« Abschied zu nehmen und die Vorstellung des »homo oeconomicus« hinter sich zu lassen.

Eine Ökonomie jenseits des Wachstums muss allerdings nicht notwendigerweise sozial gerecht sein. Deren Durchsetzung und Ausgestaltung ist eine Machtfrage. Gerade in Südeuropa wird durch Sozialkahlschlag soziale Infrastruktur zerstört und effektiv Wachstum vermindert. Eine Postwachstumsökonomie ist nur dann solidarisch, wenn es eine Orientierung auf Umverteilung und konkrete soziale Rechte gibt, und zwar für alle, weltweit.●

Alexis J. Passadakis, Politikwissenschaftler, ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac; Andrea Vetter, Kulturwissenschaftlerin, ist aktiv bei Attac.

SCHWERPUNKTTHEMA

Solidarische Unternehmen wider den Wachstumszwang Seite 7
Wege in eine solidarische Postwachstumsökonomie Seite 7
Sand ins Getriebe der Wachstumsdynamik Seite 8
Soziale Sicherheit und Postwachstum Seite 8
Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise Seite 9
Was die Debatte um Postwachstum von feministischen Projekten lernen kann. Veränderung üben Seite 9
Buen Vivir als Weg in eine solidarische Postwachstumsgesellschaft? Seite 10

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

Anzeige

SCHLUSS MIT KAPITAL, MARKT UND STAAT

Fukushima. So ist Kapitalismus

Das Entsetzen nimmt kein Ende. Fukushima, das 9/11 des fossil-atomaren Energiesystems. Es ist das Schrecknis einer Welt, die nur Profit und Kapital kennt, das sich in diesem Kernreaktor und der unsichtbaren Todesstrahlung, die er aussendet, alptraumhaft verdichtet.

Von Andreas Exner ● Wie aus einem Katastrophenfilm wirken die Bilder und Meldungen aus Japan. So als hätten sich unsere bloßen Vorstellungen von der Zerstörungsenergie, die dem Kapital innewohnt, materialisiert. Eher können wir uns Vernichtung und massenhaftes Leiden vorstellen als das Leben in einer Welt des Teilens, der Achtsamkeit und Gemeinschaft, hat jemand einmal bemerkt. Dies ist so, weil die Welt so aussieht, wie wir sie uns vorstellen. Und wir stellen sie uns bis in alle Ewigkeit so vor, weil sie so aussieht.

Der Kapitalismus und seine unzähligen Schrecknisse erscheinen uns glaubwürdiger als eine Alternative: Wir glauben an das Kapital, das tödliche Versprechen endlosen Wachstums, und wir erweisen ihm zynisch die Huldigung, so als wäre die Herrschaft von Menschen über Menschen und die Natur etwas Würdevolles. Hätten wir den Kapitalismus nicht, dann hätten sich die Produktivkräfte nicht so enorm entwickelt, ist zu hören. Hätten wir den Kapitalismus nicht, dann lebten wir noch in dunklen Steinhäusern und müssten auf kargen Feldern fronen. Hätten wir den Kapitalismus nicht, dann gäbe es keine Handys und kein Internet. Hätten wir den Kapitalismus nicht, dann könnten wir nicht den Krebs behandeln, den die radioaktive Strahlung seiner Reaktoren verursacht. Hätten wir den Kapitalismus nicht, so ist zu schließen, wäre alles noch viel schlimmer.

Eine Welt des Teilens, der Achtsamkeit und Gemeinschaft: zwei Mal ein Fukushima, drei, vier, hundert Mal? Das ist selbstverständlich Unsinn. Ein Unsinn allerdings, der System hat.

Geschmackloser Reichtum

Es ist eine geschmacklose Aufgabe, die vermeintlichen Errungenschaften des Kapitals gegenzurechnen mit den unglaublichen Leiden, die es verursacht hat, weiter verursacht und solange verursachen wird, bis wir es überwinden. Sie ist geschmacklos, aber notwendig. Und dabei sind die technischen Möglichkeiten, die der menschliche Geist freigesetzt hat und die das gegen konkrete Bedürfnisse und ökologische Begrenzungen rücksichtslose Kapitalverhältnis für sich ausbeutet und zu unserem Schaden einsetzt, nicht einmal dem Kapital zuzurechnen.

Erfinderinnen- und Erfindergeist wirkt immer, wo Menschen sich zusammentun und lässt sich nicht bezahlen. Dem Kapital zuzurechnen ist jedoch die vollkommen sinnlose, selbstzweckhafte, rücksichtslose Mühle des Geldmachens um des Geldmachens willen, die sich alles unterwirft, was ihr in den Weg kommt, sobald das Geld überhaupt zur herrschenden Form von »Reichtum« wird – ein Wort, das einer kaum mehr über die Lippen kommen will in dieser Welt, die das Geld nach seinem Bild gemodelt hat. Zur unangefochtenen Form von »Reichtum« wird Geld zusammen mit der Marktwirtschaft, der scheinbar unausweichlichen Art, wie Menschen ihr Leben organisieren, tatsächlich jedoch der Ursache gewaltigen, unnötigen Leidens und Hemmschuh einer Alternative.

Das Kapital ist das: Die einen müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, weil sie sonst nichts haben, von dem sie leben können; die anderen kaufen

Fortsetzung auf Seite 12

AKTION 2011

207 Spenden gesucht

207 mal 20 EUR (4.140 EUR) fehlen uns noch in diesem Jahr, etwa die Hälfte davon benötigen wir schnell, damit die Produktion auch im 2. Halbjahr 2011 abgesichert werden kann. Die Problematik entstand durch die Verteuerung unserer Vertriebskosten um den 19%igen Mehrwertsteuerzuschlag seit dem Sommer 2010, der unseren Haushalt bis zur unserer nächsten Jahressteuererklärung belastet.

Redaktion Heidelberg ● Eingegangen sind auf unserem Spendenkonto im Monat März weitere 86,20 EUR, für die wir uns herzlichst bedanken!

- Judith Hierstand, Schweiz (19 EUR)
- Anna Vobruba, Österreich (7,20 EUR)
- Gabriela Stolle, ??? (20 EUR)
- Jörg Schwensen, Berlin (20 EUR)
- Thomas Kalka, Potsdam (20 EUR)

Vier neue Abos und eine neue Fördermitgliedschaft (62 EUR) konnten wir hinzu gewinnen. Leider haben wir aber auch drei Abo-Kündigungen zu verzeichnen. Stoppen mussten wir ein im November 2010 bestelltes Förderabo eines Infoladens im Süden, der leider den Mitgliedsbeitrag nicht überwiesen hat (72 EUR). Das Ziel unserer Abokampagne liegt also nun bei 140+. Im April 2010 lag es bei 147+.

Neue Abo-Prämie

Unsere Werbe-Aktion mit dem »Wegweiser Solidarische Ökonomie« von Elisabeth Voß haben wir im Monat März abgeschlossen, 40 neue AbonnentInnen haben sich hoffentlich über unser »Begrüßungsgeschenk« gefreut. Ab sofort gibt es für die nächsten 20 neuen Abos das Buch von Erasmus Schöfer »Ein Frühling irrer Hoffnung« (siehe Kasten).

Werbe-Aktion

Dank einer Förderung durch das Netzwerk Selbsthilfe Berlin mit 150 EUR und mehreren Einzelspenden über 250 EUR können wir in diesem Monat einen Überdruck finanzieren, der es uns ermöglicht, auf dem Kongress »Jenseits des Wachtums?!« in Berlin vom 20.-22. Mai 2011, den Kongress-TeilnehmerInnen ein Werbeexemplar unserer Aprilausgabe mit gleichnamigen Schwerpunkt zu überreichen. Wir sind gespannt, ob CONTRASTE durch diese Aktion etwas bekannter wird und hoffen auf viele neue Abos. Dem Netzwerk Selbsthilfe Berlin und allen SpenderInnen danken wir herzlichst!

Adressänderungen

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrags nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die ZustellerIn entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen!

TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von 5,50 EUR.

Eine Umstellung von einem Normalabo auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. stabilisiert unser Projekt. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten (näheres zur Fördermitgliedschaft im Coupon auf dieser Seite).

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto siehe Kasten unten (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.●

Begrüßungsgeschenk

Die nächsten 20 Neuabonnentinnen der CONTRASTE erhalten als Begrüßungsgeschenk das Buch »Ein Frühling irrer Hoffnung« von Erasmus Schöfer. Es handelt vom gesellschaftlichen Aufbruch im Jahre 1968 und ist das erste Buch der Tetralogie »Die Kinder des Sisyfos«. Aus der Sicht der damals handelnden Personen erzählt der Autor facettenreich und spannend den Lebensweg von Viktor Bliss und seiner politischen WeggefährtInnen. Stets aus der Sicht der damals handelnden Personen: über ihre Versuche und Wagnisse, ihre Hoffnungen und Erfolge, ihre Selbsttäuschungen und Niederlagen. Die Geschichte der Linken dieses Landes zwischen 1968 und 1990 wird so von einem ihrer Zeitgenossen bewahrt.

Wir danken unserer Leserin Marianne Walz, die uns diese Aktion ermöglicht hat. Auszüge aus der Romantetralogie veröffentlicht CONTRASTE ab dieser Ausgabe in einer Artikelserie.

Erasmus Schöfer: Ein Frühling irrer Hoffnung, Dittrich Verlag 2001, 496 Seiten, 20 EUR.
www.dittrich-verlag.de

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2011

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2011: 4.140 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 140+ Neuabos

elis.corner

Fast 6 Millionen Tote im Kongo

Von Elisabeth Voß ● Wenige Tage vor der Katastrophe in Japan las ich in der Germanwatch-Beilage der taz, dass im Kongo schon fast 6 Millionen Menschen an Ressourcenkriegen um Mineralien gestorben seien. Diese Mineralien sind erforderlich für die Produktion von Fahrzeugen, Waffen und Elektronik. 6 Millionen Menschen, und niemand spricht darüber? FreundInnen und Bekannte reagierten irritiert: Das sei sicher ein Irrtum oder vielleicht ein Druckfehler. Waren vielleicht 600.000 gemeint? Und überhaupt stünde ja nicht dabei, in welchem Zeitraum sie gestorben seien.

Dann kam der Tsunami und der atomare GAU in Japan, und die Betroffenheit über das, was dort geschieht, nahm alle Aufmerksamkeit in Anspruch. Die verlogenen Reaktionen aus der Politik, dieses Erstaunen, wie gefährlich Atomkraft doch sein kann, sind mir fast unerträglich. Man überprüft, schaltet ab, ein bisschen, vorübergehend, mal sehen... Hat Japan irgendwelche neuen Erkenntnisse gebracht? Waren die AKWs in Deutschland ungefährlicher, bevor die japanischen explodierten? Ein Freund merkte an, man könne nur hoffen, dass all die ExpertInnen, die solche Technik entwickeln, bauen und nun den Schaden begrenzen sollen, ihr Wissen nicht nach Art des Freiherrn zu Guttenberg erworben haben, sondern wenigstens Ahnung haben und wissen, was sie tun.

Was eigentlich jedeR weiß: Atomkraftwerke dienen nicht in erster Linie dazu, einen komfortablen, energieintensiven Lebensstil für die Privilegierten dieser Erde zu gewährleisten, sondern sind immer auch Rüstungstechnik – ohne AKWs keine Atombomben. Dass diese Technik, die zum Töten erdacht wurde, sich jeder vordergründig friedlichen Benutzbarkeit entzieht, dafür wird Japan zur erschütternden Mahnung.

Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI legte Mitte März 2011 eine Studie vor, wonach Deutschland in den letzten fünf Jahren seine Rüstungsexporte verdoppelt hat – vor allem wurden U-Boote und Panzer verkauft. Zum Beispiel an Libyen, wo nun mithilfe deutscher Waffen die Opposition niedergemetzelt wird. Aber Deutschland rüstet nicht nur andere auf, sondern mischt auch aktiv an der Front mit, vor allem in Afghanistan, aber auch im Kosovo, auf dem Mittelmeer, vor Somalia, im Libanon und anderswo.

Bei dieser konventionellen Militarisierung und Kriegführung wird längst auch Solarenergie eingesetzt. In der kürzlich erschienenen Studie der Bundeswehr »Peak Oil. Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen« wird eine frühzeitige Umstellung von Wirtschaft und Energieversorgung empfohlen. Es ist die Rede von lokaler Selbstorganisation und nicht-fossilen Energieträgern.

Ist das die Einverleibung alternativer, sozial-ökologischer Ansätze durch militärische Strategien? Oder Zeichen des Umdenkens auch dort? Welche Chance haben Keimformen solidarischen Wirtschaftens angesichts der übermächtigen Militär-Atom-Industrie-Mächte als Ausgeburten und Garanten einer profitgetriebenen Wachstumsökonomie? Sind Krisenszenarien vorstellbar, aus denen globale Gerechtigkeit als neue Währung hervorgeht?

Problemlos konnte ich ergoogeln: Die Zahl der Toten im Kongo – fast 6 Millionen Menschen – ist korrekt. Große Medien wie Spiegel, Zeit oder WDR haben darüber berichtet. In den Bergwerken südwestlich des Kivu-Sees, nahe der Grenze zu Ruanda, schlagen die ArbeiterInnen – viele von ihnen Kinder – unter unmenschlichen, lebensgefährlichen Bedingungen und zu Hungerlöhnen Coltan und andere Mineralien aus dem Gestein. Rebellen- und Regierungstruppen kämpfen erbittert um die Kontrolle über die Minen, morden und vergewaltigen. Mir war das nicht neu, aber das Ausmaß hatte ich verdrängt. Dieses Töten findet seit Mitte der 1990er Jahre statt. Während »wir« nett kommunizieren, den weltweiten Katastrophen zusehen und munter Kriege führen. Auch Widerstand und Alternativen werden mithilfe von PCs und Handys organisiert, die Blutmineralien aus dem Kongo enthalten.●

ADRESSENVERZEICHNISSE UND CONTRASTE-ARCHIV AUF CD

BUNTE SEITEN 2011

2.600 Anschriften mit den Rubriken Anarchismus, Antifa/MigrantInnen/Flüchtlinge, Antimilitarismus, Antirepression, Archive, Buchhandel, Infoläden, Kommunen, Kneipen, Kultur, Schulen, Tauschringe, Umsonstläden und Wohnprojekte enthält unsere Datenbank auf CD-ROM. Sortiert werden kann z.B. nach Rubriken, Postleitzahlen oder Städten, um herauszufinden, welche linken und alternativen Projekte sich in der näheren Umgebung befinden.

Auch der »Reader der AlternativMedien« mit den Titeln alternativer und linker Zeitschriften aus dem deutschsprachigen Raum (BRD, Österreich und der Schweiz) sowie die Adressen der Freien Radios wurde aktualisiert.

Die CONTRASTE-Jahrgänge 2004 bis 2009, der Jahrgang 1984 und Teile des Jahrgangs 1985 wurden im pdf-Format archiviert, ergänzt durch ein Schlagwort-, AutorInnen, Gruppen- und Personenregister.

CONTRASTE-AbonnentInnen und Fördermitglieder erhalten die ArchivCD3 als Erstbestellung für 25 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten. Alle anderen bekommen sie für 35 EUR zzgl. 3 EUR Versandkosten. Das Update kostet für AbonnentInnen und Fördermitglieder 20 EUR, für alle anderen 30 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten. Für das europäische Ausland berechnen wir 4 EUR Versandkosten.

ISBN 978-3-924085-09-0

Bestellungen: Über den Bestellcoupon auf www.contraste.org oder direkt:
Zeitsprung Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
E-Mail: zeitsprung-verlag@online.de.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

Anzeige

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

LOS GEHT'S 2011

Jetzt geht's los!

Nomen est omen: Auf dem Gelände des »Los Geht's 2011« könnte nach der Veranstaltung eine neue Kommune entstehen.

Von Uwe Ciesla, Red. Selbstorgan. Lebensgemeinschaften ● Vom 10. bis 14. Juni ist es wieder so weit. In der Nähe von Kassel findet das »Los Geht's« statt, das bundesweite Treffen für Gemeinsaftsinteressierte, Gründungsgruppen und bestehende Kommunen, die noch Einsteiger suchen. Das Event wird an wechselnden Orten im Zweijahresrhythmus aus dem Kreis des Netzwerkes der politischen Kommunen »Kommuja« organisiert. Mit seiner Mischung aus inhaltlichen Workshops, Gruppenvorstellungen, gegenseitigem Kennenlernen und Festivalcharakter lockt es jedes Mal mehrere Hundert Teilnehmer an, so dass das Orga-Team inzwischen eine Größenbegrenzung eingeführt hat, damit es nicht ganz aus den Fugen gerät.

Los Geht's 2009 in der Kommune Waltershausen

Die Besonderheit des »Los Geht's 2011« ist, das es auf einem Gelände stattfindet, welches im Anschluss erworben werden könnte. Es handelt sich um den alten Hubenthalhof mit 10.000 qm Fläche am östlichen Ortsrand von Oberkaufungen. Er liegt wie auch die Vielen bekannte »Kommune Niederkaufungen« (siehe www.kommune-niederkaufungen.de) in der Gemeinde Kaufungen bei Kassel. Eine Ansiedlung einer weiteren Kommune würde das Zentrum für alternative Lebenskultur, welches sich hier entwickelt hat, weiter stärken. So gibt es in Kassel die »Villa Lokomuna«, das Wohnprojekt »Agathe« und eine Wagenburg sowie in Escherode die Gemeinschaft »Gastwerke«. Etwas weiter weg, aber dennoch eng verbunden, existiert die »Kommune Waltershausen« in der gleichnamigen Kleinstadt in Thüringen, die in den vergangenen Jahren steten Zuwachs zu verzeichnen hatte.

Auf dem »Los Geht's« soll es einen Workshop geben für alle, die die nötige Portion Pioniergeist und Enthusiasmus mitbringen, um ein solches Projekt zu starten. Auch in der »Kommune Niederkaufungen« gibt es Menschen, die Interesse haben, hier eine neue »linkspolitische, libertäre und hierarchiefreie Lebens- und Arbeitsgemeinschaft mit gemeinschaftlicher Vermögens- und Alltagsökonomie« aufzubauen. Wichtig wäre ihnen dabei ein »selbstbestimmtes, selbstverantwortliches, soziales Miteinander, bei dem die persönliche Selbstentwicklung durch konsensorientierte Entscheidungsfindung gefördert wird«. Wie sich die in der Region bestehenden Projekte mit dem neuen Projekt vernetzen könnten, ist eines von vielen weiteren spannenden Gedankenspielen.

Bei dem Anwesen handelt es sich um den alten Hubenthalhof. Dazu gehört ein großes dreigeschossiges Haus, an dieses schließt sich ein weiteres kleineres Häuschen an. Das große Haus muss komplett saniert werden. Eventuell ist sogar eine komplette Entkernung und ein Neuaufbau notwendig, die eine langjährige Baustelle bedeuten, aber auch viel Entfaltungsraum und Gestaltungsmöglichkeiten bieten würde. Ein Abriss wäre aus Denkmalschutzgründen nicht möglich. Der Hof hat Geschichte und die Gemeinde möchte ihn deshalb erhalten. Das kleine Häuschen lässt sich bewohnbar machen und darin könnten z.B. kurzfristig die Küche und Gemeinschaftsräume entstehen. Auch wäre es möglich, dass eine Startergruppe hier einzieht.

Neben dran steht eine riesige Scheune. Sie ist ca. 42 m lang und ca. 12 m breit, hat aber leider kein Dach. Für das »Los Geht's« wird es hierfür eine Zwischenlösung geben. Ein Dach kann schnell errichtet werden, so dass dann ein trockener und großer Raum zur Verfügung stehen würde. Nötig wäre aber vor allem schnell Wohnraum für mindestens 20, wenn nicht sogar 30 Personen zu schaffen, denn viel kleiner

Los Geht's 2011 auf dem Hubenthalhof

darf die Gruppe nicht sein, damit das Ganze finanzierbar bleibt. Wenn man sich das kleine Haus als Gemeinschaftshaus denkt, dann könnten in die dann überdachte Scheune Bauwägen und Zelte gestellt werden. Das gleiche ginge auch auf der dazugehörigen Wiese an dem kleinen Fluß »Losse«. Das alles muss sich die neue Gruppe überlegen, wie auch die Struktur der Gemeinschaft selber.

Aber auch für alle, die woanders eine Kommune gründen oder in eine bestehende einsteigen möchten, wird es auf dem »Los Geht's« viele neue Infos geben.●

Anmelden und informieren kann man sich auf der Homepage www.losgehts.eu. Dort gibt es auch einen interessanten kleinen Film über das letzte »Los Geht's« im Jahre 2009. (Steffen Andreae, Uwe Ciesla)

HESS NATUR

Genossenschaft gegründet

Kunden und Mitarbeiter des Ökotextilversender Hess Natur haben am 17.3.2011 in Kassel gemeinsam mit Aktiven von Attac, dem Netzwerk Solidarische Ökonomie und der Kampagne für Saubere Kleidung eine Genossenschaft zur Weiterführung von Hess Natur gegründet. Die Gründungsinitiative war entstanden, als bekannt wurde, dass der Rüstungsinvestor und Private-Equity-Fonds Carlyle Hess Natur übernehmen will.

Redaktion Heidelberg ● »Hess Natur ist ein Pionier im Bereich ökologisch und fair produzierter Kleidung. Das geht nicht zusammen mit einem renditegetriebenen Rüstungskonzern wie Carlyle. Wir mussten handeln«, sagte Walter Strasheim-Weitz, Betriebsratsvorsitzender von Hess Natur und Vorstandsmitglied der frisch gegründeten hnGeno. »Wir wollen Hess Natur zu einem demokratischen Vorzeigeunternehmen machen«, ergänzte Dagmar Embshoff, aktiv bei Attac und dem Netzwerk Solidarische Ökonomie sowie seit Donnerstag ebenfalls Mitglied des dreiköpfigen hnGeno-Vorstands. Als Genossenschaft sei Hess Natur zudem praktisch immun dagegen, von einem Finanzinvestor wie Carlyle übernommen und ausgeplündert zu werden.

Die gegründete Kooperative ermöglicht, dass jetzige und zukünftige Kunden sowie Mitarbeiter Hess Natur gemeinsam kaufen. In Kürze soll ein Treuhandkonto eingerichtet werden, auf dem Genossenschaftsanteile ab einer Höhe von 250 Euro gesammelt werden. Den Mitgliedschafts-Interessierten gibt dies die Sicherheit, dass ihr Geld nur fließt, wenn es tatsächlich zum geplanten Kauf kommt. »Auch Organisationen, Betriebe und Interessierte, die sich solidarisieren oder ihr Geld ethisch einsetzen möchten, können sich beteiligen«, erklärte Dagmar Embshoff.

Demokratische Betriebsfortführungen durch Belegschaften, Kunden und Unterstützer sind in anderen Ländern Europas eine bekanntere Lösung und teilweise sogar finanziell gefördert. »Auch hier zu Lande brauchen wir mehr Wissen über kooperative und demokratische Wirtschaftsformen und bessere Rahmenbedingungen für sie«, meinte Dagmar Embshoff.

Die junge Genossenschaft hat nun einiges vor sich. Christina Pöttner, ebenfalls im Vorstand der hnGeno und stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Hess Natur: »Wir werden jetzt als hnGeno offiziell unser Kaufinteresse anmelden, auch wenn eine realistische Angebotssumme von mehreren Millionen Euro natürlich noch zusammenkommen muss.« Immerhin: Mehr als 1.000 Interessenten hatten sich bereits vor der Gründungsversammlung online für eine Mitgliedschaft eingetragen. Auch einzelne Lieferanten von Hess Natur und der Interessenverband Naturtextil (IVN) zeigen sich sehr offen. Täglich wächst die Zahl der Mitgliedsanfragen. Christina Pöttner: »Unser Ziel ist ehrgeizig, aber zu schaffen. Wenn Tausende in den nächsten Tagen und Wochen einsteigen und Mitglied werden, können wir Carlyle und Co. etwas entgegensetzen.«●

Info: www.hngeno.de

Anzeige

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Die Vollerfassung stoppen!

Mit dem AK Zensus gegen die Volkszählung 2011

Die Volkszählung 2011, genannt Zensus, läuft derzeit fast unbemerkt auf Hochtouren. 1987 fand die letzte Volkszählung in der BRD statt. Um politische Entscheidungen statistisch zu begründen, stand seit Ende der 90er Jahre der Mikrozensus, eine repräsentative Erhebung zufällig ausgewählter Haushalte, zur Verfügung. 2011 steht stattdessen eine »registergestützte« Vollerfassung aller BürgerInnen an.

Mit dem »Zensusgesetz 2011« legte die große Koalition aus CDU/CSU und SPD 2009 eine Volkszählung fest, für die seitdem umfangreiche Vorbereitungen laufen und Daten gesammelt werden. Diese Volkszählung stützt sich, anders als 1987, vor allem auf die Zusammenführung der Datensammlungen der Meldeämter und der Bundesagentur für Arbeit. Diese werden mit Hilfe von vereinheitlichten Ordnungsnummern verknüpft und mit Daten aus dem gleichzeitig neu erstellten Wohnungsregister zusammengeführt. Dazu müssen alle Eigentümer von Gebäuden und Wohnräumen detaillierte Angaben zu Eigentumsverhältnissen, Größe und Ausstattung der Wohnungen und zu den MieterInnen machen. Zudem werden etwa 10 Prozent aller BürgerInnen ab Mai diesen Jahres ausführlich persönlich befragt. Ein Widerspruch kann nicht eingelegt und die Auskunft darf nicht verweigert werden. Es wird mit Bußgeldern bis zu 5.000 Euro gedroht.

Jede/r sollte sich über den Ablauf und das Verfahren der Volkszählung 2011 ein eigenes Urteil bilden. Die Sachlage und die juristischen Grundlagen sind komplex und nicht einfach zu durchschauen. Dazu kommt, dass die Informationen über die Volkszählung rar gesät sind. Weder kommen die offiziellen Stellen ihrer gesetzlichen Verpflichtung nach, über den Zensus allgemein und breit zu informieren, noch ist die Bewegung gegen die Volkszählung so breit aufgestellt wie in den 80er Jahren.

Verfassungsbeschwerde läuft!

Eine Verfassungsbeschwerde von über 13.000 Personen gegen den Zensus 2011 liegt derzeit in Karlsruhe und harrt der Entscheidung. Darin wird vorgebracht, dass »ein Datenpool mit bisher noch nie dagewesenem Umfang angelegt wird«, welcher Rückschlüsse auf einzelne Individuen möglich macht. Zudem werden Daten aus Ordnungs- und Meldeämtern genutzt, die jedoch aus anderen Gründen erhoben werden. Deshalb stellt deren Nutzung für die Volkszählung nach Meinung des AK Zensus einen Verstoß gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar.

Möglichkeiten des Widerstandes

Wer zu dem Schluss kommt, sich der Volkszählung zu widersetzen, dem steht die Möglichkeit der totalen Auskunftsverweigerung offen. Ebenso besteht die Möglichkeit unrichtige Angaben oder unvollständige Angaben zu machen, sich an der Tür zu verleugnen, sich als Gast auszugeben oder einfach die Wünsche und Fragen der BefragerInnen nicht zu verstehen. Alles ist mit entsprechenden Sanktionen versehen. Beim Volkszählungsboykott 1987 war das »Sich-nicht-zählen-Lassen« eine Ordnungswidrigkeit – so staatsgefährdend wie falsches Parken oder zu schnelles Fahren – und wurde mit einem Bußgeld geahndet, von dem sich jedoch viele Entschlossene nicht abschrecken ließen.

Im Vorfeld der Befragung hat der AK Vorratsdatenspeicherung die Aktion »Frag die Befrager« initiiert: Ein Musterschreiben mit 38 Fragen, das den Erfassungsstellen mit der Bitte um ausführliche Antwort gesendet wird. Zum Beispiel die Frage, wie über die BewerberInnen zur VolkszählerIn entschieden wurde und nach welchen Kriterien deren Sorgfältigkeit, Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit überprüft wird. Andere Fragen beziehen sich auf die Sicherheit im Datenfluss, zum Beispiel der Datenübertragung zwischen der Erhebungsstelle und dem zuständigen Landesstatistikamt. Das kostet Geld – und die Länder werden es sich das nächste Mal überlegen, ob sie eine Volkszählung benötigen.●

Aktuelle Informationen:
http://zensus11.de
http://vorratsdatenspeicherung.de
http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Volkszaehlung

Katrin Schubert

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

»DIE KINDER DES SISYFOS« BEWAHREN VIELE ERFAHRUNGEN IN SELBSTORGANISATION

Widerstehen, stolpern und Mut suchen

Wer gegen trügerische Gewiss- oder zerstörerische Gewohnheiten anrennt und die bessere, eigensinnige Alternative probt, begibt sich auf unsicheres Gelände. Dringend gesucht sind Erfahrungen als Wegmarken des Fortschritts, also Antworten auf die Fragen: Wer hat welchen Pfad schon einmal betreten, wann, wie und warum, und wie erging es den Wegsuchern und PfadfinderInnen?

Von Marianne Walz, Gernsheim ● Der Schriftsteller Erasmus Schöfer hat mit seinem Romanvierteiler »Die Kinder des Sisyfos« eine literarische Langfassung umfangreicher, in mehreren Dekaden gesammelter Erfahrungsschätze aufgeschrieben. Auf insgesamt über 2.000 Druckseiten ist die Historie der bundesdeutschen Linken, der »Achtundsechziger« ausgebreitet – von einem Autor, der dabei war. Schöfer setzt mit »Die Kinder des Sisyfos« ein herausragendes Dokument der kollektiven Erfahrung von Kampf und Aufbruch der Achtundsechziger in die Welt, das es zuvor in der bundesdeutschen Literatur noch nicht gab. Eine Anleitung zum Siegen ist es nicht; der mythologische Titelheldenvater lässt das vermuten. Doch ein Ansporn zum Wagnis und zum sich Widersetzen allemal. CONTRASTE veröffentlicht in dieser Nummer auf Seite 5 und in den acht folgenden Ausgaben Leseproben aus allen Teilen der Tetralogie.

Der Autor

»Mich hatte es immer wieder an die Orte getrieben, wo Bürger, unter dem Druck konkreter Herrschaftsgegebenheiten, zur Gegenwehr und zum Aufbruch aus den überkommenen Verhältnissen motiviert wurden«, so der 79jährige Autor. Innerhalb dreier Jahrzehnte verdichtete er die Erlebnisse und die Widerfahrnisse in die Form seines Bildungs- und Entwicklungsromans. Begonnen 1980, fortgesetzt 2001 und abgeschlossen 2008, hat er über Aufstieg und Niedergang der revolutionären Vision erzählt. Partei nehmend singt Schöfer das Hohelied auf die unentwegten Veränderer der Jahre zwischen 1968 und 1989. Sie waren unsicher, triumphierten manchmal, irrten oft und stolperten schmerzhaft. Im historischen Rückspiegel zeigt sich: Sie verfehlten manche ihrer erklärten Ziele, aber gestalteten dennoch die bundesdeutsche und die europäische Wirklichkeit nachhaltig um. Dem Dichter führte jedoch nicht ein Besserwissen aus sicherem zeitlichen Abstand die Feder, sondern das Selbstverständnis der damals Handelnden in ihrer Gegenwart.

Das Geschehen

Vier Romangestalten tragen die Handlung: Der Geschichtslehrer Viktor Bliss und seine Frau Lena, die im Theater aufgeht, der Gewerkschafter Manfred Anklam und ab dem zweiten Buch der Journalist Armin Kolenda. Im Jahr Achtundsechzig grünte (oder rötete) ihnen *Ein Frühling irrer Hoffnung*. Viktor und Lena Bliss sind zusammen mit ihrem Freund Manfred Anklam dabei in den Protestaktionen gegen BILD-Volksverdummung und angemaßte obrigkeitliche Autorität. Sie stecken Rückschläge ein und erleiden Verluste – Manfred Anklam während eines Polizeieinsatzes zeitweilig die Unversehrtheit seiner Kopfhaut, Lena den Arbeitsplatz, Viktor die akademische Laufbahn, beide die eheliche Eintracht. Und mit Beginn der 70er Jahre schimmert *Zwielicht*, denn nach dem 68er Initial nimmt die innenpolitische Entwicklung einen zwiespältigen Verlauf. Auf die Gewalttaten der RAF reagiert der Staat mit Polizeimacht gegen die außerparlamentarische Bewegung. Armin Kolenda sucht als Reporter die Brennpunkte der Auseinandersetzungen auf. Unter den Beteiligten der Anti-AKW-Bürgerinitiativen im badischen Wyhl begegnet er Sally, seiner großen Liebe. Eine erfüllte, fortschrittliche Partnerschaft leben wollen auch Viktor und Lena Bliss, doch beide Paare scheitern. Viktor, unter dem zweifachen Fehlschlag der Trennung von Lena und dem gegen ihn verhängten Berufsverbot als Lehrer, unternimmt einen verzweifelten *Sonnenflucht*-Versuch nach den griechischen Inseln. In Athen trifft er die Studentin Katina, die ihn mit dem Schicksal ihrer ermordeten Freundin Sotiria konfrontiert. Indessen will Manfred Anklam den Freund für die heimischen Klassenkämpfe und das reale Leben zurückholen und setzt für die Reise nach Griechenland seine Stelle als Betriebsrat aufs Spiel. Nach einem Großbrand aufs Schwerste verletzt kehrt Bliss zurück und ringt in einer Spezialklinik wochenlang mit dem Tode. Er gewinnt, doch fortan umfängt *Winterdämmerung* den Gezeichneten. Die 80er Jahre sind von Kämpfen um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und gegen den Nato-Doppelbeschluss durchtobt. Der Niedergang des Sozialismus sowjetischer Prägung zeichnet sich ab, erkennt Kolenda während einer Reportagereise in Gorbatschows UdSSR. Manfred Anklam wählt für sich ein Arrangement mit dem System.

Das Besondere

Nach zahllosen durchfochtenen Schlachten lässt Schöfer »Die Kinder des Sisyfos« schließlich am Abend des 31. Dezember 1989 allein. In Silvesterfeierlaune, selbstironisch und trotzig, hissen sie einen roten Tuchfetzen zwischen die aufsteigenden 1990er Neujahrsraketen am Kranarm im stillgelegten Rheinhausener Stahlwerk. Im ausgehenden Jahrhundert enden die Klassenkämpfe der alten Industriegesellschaft.

Enttäuschte Revolutionshoffnungen, verlorene Utopie von einer besseren Gesellschaft jenseits des Kapitalismus – statt geglaubter Gesetzmäßigkeit zu folgen, erweist sich die Geschichte als offenes Projekt, offen

Foto: Archiv

nach dem Abgrund hin ebenso wie ins Menschenfreundlichere. Schöfer zeigt die unterste Ebene der geschichtsbildenden Kräfte, die der politisch handelnden Individuen. Beweggründe und Beziehungsgeflechte tun sich auf im Mitgehen der Denk-, Sprech- und Fühlbewegungen, der Perspektivenwechsel und Zeitsprünge – so als ließe sich in solcherart Suchanstrengung ein roter Faden der Geschichte wieder auffinden.

Neun Schauplätze

Chronologisch im *Frühling irrer Hoffnung* beginnend, wird sich den CONTRASTE-Leserinnen und Lesern zuerst eine Szene in den Münchener Kammerspielen des Jahres 1968 auftun. Auf dem Spielplan steht Peter Weiss' »VietNam Diskurs« – brandaktuell in einer Zeit, als Protest gegen den schmutzigen US-Krieg in Indochina fortschrittliche Kräfte weltweit einte. Die Regierung Kiesinger/Brandt aber will und wird Notstandsgesetze durchpeitschen und damit grundgesetzlich garantierte zivile Freiheiten außer Kraft setzen. Viktor und Lena Bliss, die beide, sie als Kostümschneiderin und er als historischer Berater, dem Kammerspiele-Team angehören, bewegen sich inmitten der widerstandsbereiten Unruhestifter. Das **AktionsKommitee Kammerspiele München** organisiert etwas Unerhörtes: Die Ensemblemitglieder unter Regisseur Peter Stein unterbrechen eine Vorstellung mit ihrer Erklärung zu den Notstandsgesetzen. Sie setzen ein Fanal und provozieren einen Skandal im bundesdeutschen Kulturbetrieb.

Die drei nächsten Romanabschnitte sind *Zwielicht* entnommen.

Zu Beginn des neuen Jahrzehnts, 1970, versuchen die Beschäftigten der hessischen Glashütte Süßmuth ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage in die eigene

Foto: Archiv

Verantwortung zu übernehmen – und gründen aus dem akut konkursgefährdeten Betrieb das bundesweit erste selbstverwaltete Unternehmen. Unter der Maxime **Machen wir heute, was morgen erst schön wird** vereinigen sie ihre Mühen und bündeln ihre Visionen von selbstbestimmter Arbeit. Als jedoch der Alteigentümer dank des hohen Einsatzes der Arbeiter mit unbezahlten Initiativschichten wieder Marktchancen sieht, rückt er von seinem gegebenen Übergabe-Versprechen ab. Warum der Zwölfhundert-Grad-Ofen auszugehen droht und bei Süßmuth der Mut auf den Tiefpunkt sinkt, ist nachzulesen in der CONTRASTE.

Einen realen geschichtlichen Hintergrund haben gleichfalls die Ereignisse von Wyhl des Jahres 1974, auf die der Dichter den Blick lenkt: Bürgerinitiativen verhinderten den Bau des Kernkraftwerkes. Bauern und StudentInnen, Winzer und BürgerInnen besetzen durch eine riskante Absperrung aus Traktoren **Die Brücke über den Rhein**. Sie protestieren damit gegen die drohende Räumung des besetzten Bauplatzes im benachbarten französischen Marckolsheim, wo ein Bleiwerk errichtet werden soll. Diese Aktion ist eine von vielen, jahrelang vorgetragenen Abwehrmaßnahmen gegen die Verfügungen der Filbinger-Regierung und gegen die Schädigung der heimatlichen Lebenswelt.

Kolenda wagt sich an große kulturpolitische Aufgaben. Er engagiert sich in einem Werkkreis: Die im bundesdeutschen Literaturbetrieb vernachlässigten und ausgegrenzten Kenner der Arbeitswelt sollen Autoren werden und emanzipiert ihr ureigenes Wirkungsfeld literarisch bestellen. Doch **Die Werkstatt hat Kopfschmerzen**. Der Romanauszug gibt eine leidenschaftliche Diskussion wieder.

Sonnenflucht ist ein Buch über Leid und Verzweiflung inmitten der Schönheiten mittelmeerischer Natur und deren industrieller Zerstörung. Die Athener Studentin **Sotiria** wurde während einer politischen Demonstration ermordet. Viktor Bliss fragt sich, warum der Tod die junge Frau angesprungen hat, und bittet die griechische Genossin Katina über ihre Freundin Sotiria zu erzählen. Ein Katastropheneinsatz in den brennenden Wäldern bei Athen unterbricht die beiden in ihrem Gespräch. Katina versucht es danach fortzusetzen. Auf Tonbandaufnahmen, die sie dem Schwerbrandverletzten ins Krankenhaus schickt, schildert Katina das Geschehen, als Sotiria starb.

Winterdämmerung beginnt glückssträhnendurchflochten mit dem Tagebuch der Lena. Sie erfüllt sich ihren Traum, avanciert von der Kostümschneiderin zur Schauspielerin, macht **Frauentheater** und stellt ihr eigenes Stück auf die Bühne. Es ist die szenische Lesung mit Texten der DDR-Schriftstellerin Maxie Wander. Die CONTRASTE-LeserInnen erfahren, was Lena auf diese Gestaltungsidee gebracht hat und sind dabei, wie die bewegten Premierenbesucher über die Aufführung diskutieren. Es zeigt sich, dass Lena mit ihrem Erfolg auf den Bühnenbrettern eine heiße Debatte über Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern angestoßen hat.

Den nächsten einzusehenden Schauplatz bezeichnet die Überschrift: **Startbahn West**. Im Hüttendorf, dem Widerstandsnest der Startbahngegner bei Mörfelden-Walldorf, treffen sich die unglücklich getrennten Liebenden Armin Kolenda und Salli Biechele wieder. Salli, inzwischen Ökobäuerin, erzählt über ihre Erfahrungen und Pläne mit alternativen landwirtschaftlichen Projekten. Doch ein brutaler Polizeieinsatz bricht den lebhaften, liebhaften Austausch ab.

Wie geht es zu, wenn profitgelenkte Konzernbosse selbstherrlich ein Werk schließen, das zuvor die Lebensgrundlage einer Stadt, einer Region und tausender Familien war? Meist erheben die Betroffenen Protest und manchmal sich. So geschah es 1988 in Rheinhausen, als hunderte Arbeiter statt in die Frühschicht aufbrachen zu **Einem Besuch in Krupps Villa Hügel**. Hier ist zu lesen, wie die Empörten auf dem Edelparkett unter dem Kronleuchter ausharren, bis der Konzernchef die Delegation empfängt. Eine Revolution entfesseln sie nicht, aber ihre Forderung zur Rücknahme des Stilllegungsbeschlusses bringen sie diesmal sehr direkt zum Adressaten.

Und was tun *Die Kinder des Sisyfos*, deren Anstrengungen und Hoffnungen nicht zu den großen Veränderungen der Gesellschaft geführt haben? Viktor Bliss und seine Ex-Genossin Malina Stotz begeben sich als **Die Mutsucher** in die Zukunftswerkstatt von Robert Jungk, dem österreichischen Friedensforscher. Er resümiert ohne Illusionen die Mühen des widerständigen Lebens und erklärt ihnen, was sie doch schon wussten: »Es ist schwer, gegen seine Zeit zu leben.«●

Erasmus Schöfer

»Mir geht es bei dem Sisyfos-Mythos nicht um die Vergeblichkeit, sondern um die Beständigkeit in dem Versuch, den Stein auf den Berg zu bringen und sich nicht entmutigen zu lassen. Die Menschen, von denen ich schreibe, das sind diejenigen, die zwar auch oft zweifeln, vielleicht die Hoffnung mal verlieren, aber doch im Grunde wissen, dass sie weitermachen wollen, dass die humanitären Ideale und Einrichtungen, die in der Geschichte unserer abendländischen Gesellschaften erarbeitet wurden, bewahrt, verteidigt und weiter entwickelt werden müssen.«

Anzeige

ARTIKELSERIE »DIE KINDER DES SISYFOS«, ERSTE FOLGE

1968 – AktionsKomitee Kammerspiele München

Von Erasmus Schöfer

Eine Woche heftiger Auseinandersetzungen

Eine Woche lang gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen Pariser Studenten und der Mobilen Polizei CRS, welche die Sorbonne besetzt hatte, um Kundgebungen zu verhindern. Tausende demonstrierten deshalb im Quartier Latin um die Universität und verteidigten sich mit Pflastersteinen gegen die mit Tränengas und Knüppeln angreifende Polizei. Dutzende von umgestürzten und ausgebrannten Autos zeugten in den Fernsehnachrichten von erbitterten Kämpfen bei den nächtlichen Straßenschlachten. Bei den Pariser Korrespondenten tauchten Erinnerungen an Bastillesturm und Commune auf und Sorgen um den Bestand der Fünften Republik.

Von achtzigtausend Teilnehmern des Sternmarschs auf Bonn hatte der Reporter gesprochen, der die Kamerafahrten über die Hofgartenwiese kommentierte, auf der ein maibuntes friedliches Volk den Reden von der Tribüne applaudierte, überwölkt von Transparenten, Slogans skandierte und Würstchen aß. Unter dem die halbe Universitäts-Fassade verdeckenden Tuch mit der menschhohen Aufschrift ES IST DIE PFLICHT EINES JEDEN DEMOKRATEN DEN NOTSTANDSSTAAT ZU BEKÄMPFEN forderte der Mann mit der Baskenmütze, Deutschlands berühmtester lebender Schriftsteller, die SPD zur Verhinderung der NotstandsGesetze auf und nannte *Radikalismus* einen Ehrentitel. Der Deutsche Gewerkschaftsbund schaffte seine Funktionäre gleichzeitig zum gesitteten eignen Protest in die Dortmunder Westfalenhalle, statt an den Rand der Bonner Bannmeile zu den APOisten. Blamierte so die deutsche Arbeiterbewegung vor der französischen, die auf den Champs Elysées – lief nach der Probenbesprechung in der Teater-Kantine die Feuermeldung – in Stärke einer halben Million den Studenten an die Seite strömte und mit dem vierundzwanzigstündigen Generalstreik die Republik de Gaulles erschütterte.

--

Unruhe bei den Münchner Kammerspielen

Am Mittwoch lagen in der Kantine auf allen Tischen Handzettel der Münchner Ortsverwaltung der ÖTV, in denen mitgeteilt wurde, dass die Beschlüsse des Geschäftsführenden Hauptvorstands für alle Ortsgruppen verbindlich seien, insbesondere der Beschluss, daß die Gewerkschaft ÖTV nicht zu Proteststreiks aufrufen wird, und *daß örtliche Aktionen gegen die Notstandsgesetze nur im Einvernehmen mit dem Geschäftsführenden Hauptvorstand geplant und durchgeführt werden dürfen. Eine Solidarisierung mit Gruppen außerhalb der Gewerkschaften und Teilnahme an Aktionskomitees mit solchen Gruppen kommt nicht infrage.*

Bei der Betriebsversammlung musste Kirchlechner seine Empörung nicht spielen. Da hatte er sich die halbe Nacht um die Ohren geschlagen, um für das Ensemble eine vernünftige Resolution auf die Beine zu stellen und dann das! Er schwenkte das Papier über den versammelten Köpfen der Angestellten Arbeiter und Schauspieler – so versucht ein armseliges Häuflein hochbezahlter Spitzenfunktionäre den Willen hunderttausender Mitglieder zu gängeln! Eindeutiger können die Gewerkschaftsbosse nicht demonstrieren, wie sehr sie sich diesen Namen auch in Deutschland verdient haben! Kirch forderte die Kollegen von der Technik auf, sich nicht von ihren abgehobenen Vertretern im Nadelstreifenanzug einschüchtern zu lassen, die wahrscheinlich in den Jahren der Konzertierten Aktion vergessen hätten zu wem sie gehören. Sondern solidarisch zu sein im Widerstand, mit der Mehrheit dieses ihres Teaterbetriebs.

Paris, Mai 1968 Foto: Archiv

Die Bruhn glaubte zu Bliss und Lena, dass Kirch in der Nacht noch den Danton gelesen hatte. Der ÖTV Obmann sprang aber sofort auf, unerschrocken von dem massiven Beifall für Kirchlechner, er ließe sich nicht durch solche Brandreden von seiner gewählten Führung auseinanderdividieren, aus Verantwortung wolle die vermeiden, dass die Kollegen in anarchistische Aktionen getrieben würden, die ihnen wenn nicht den Kopf, dann doch den Arbeitsplatz kosten können. Oder ob sie die zwei Toten von Ostern vergessen hätten? Ob sie Barrikaden und brennende Autos in der Maximilianstraße sehen wollten, nach Pariser Vorbild? Der Kollege Kirchlechner solle sagen, ob er seine Wohnung für einen gefeuerten Bühnenarbeiter großherzig zur Verfügung stellen würde, der dann auch seine Werkswohnung verliert?

Bruno Ganz schlug doch etwas mehr Heiterkeit vor, im Musentempel, und bat mit leichtem Grinsen um die Mundwinkel um drei Minuten Konzentration für die erste und hoffentlich vor diesem Gremium einzige Lesung der Erklärung zu den Notstandsgesetzen, die von der am Montag eingesetzten Fünferbande ausgearbeitet worden sei. Also passt gut auf, damit ihr gleich darüber abstimmen könnt! Er reckte sich in seine ganze überdurchschnittliche Länge und las auf die Köpfe herab:

»ERKLÄRUNG ZU DEN NOTSTANDSGESETZEN«

Abgegeben von Angehörigen des künstlerischen und technischen Personals der Kammerspiele München:

Trotz des wachsenden Widerstandes aus allen Teilen der Bevölkerung hat der Bundestag die Notstandsgesetze in 2. Lesung verabschiedet. Die 3. Lesung, und damit die endgültige Verabschiedung, steht unmittelbar bevor. Zwar haben die öffentlichen Proteste der Gesetzgegner die Parteien der Großen Koalition zu Entschärfungen der ursprünglichen Regierungsvorlage veranlaßt, dennoch bedeuten die Notstandsgesetze auch in ihrer vorliegenden Fassung nicht etwa eine Ergänzung des Grundgesetzes – wie deren Befürworter uns weismachen wollen – sondern eine prinzipielle Änderung und Aushöhlung der Verfassung:

• Obwohl in Artikel 10/Absatz 1 für unverletzlich erklärt, kann das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis jederzeit durch einfaches Bundesgesetz aufgehoben werden, ohne dass die Betroffenen davon erfahren oder gerichtlich Einspruch erheben können.

• Ohne das Parlament zu befragen, kann die Bundesregierung auf Grund einfacher Gesetze den inneren Notstand feststellen und sich damit das Recht verschaffen, zum Beispiel die Freizügigkeit der Bürger zu beschränken, die Polizeikräfte der Länder ihren Weisungen zu unterstellen und den Bundesgrenzschutz im Inneren einzusetzen.

• Ebenso ohne Zustimmung des Parlaments kann die Bundesregierung auf Grund eines NATO-Beschlusses den sogenannten Spannungsfall erklären und damit den gesamten Katalog der Notstandsmaßnahmen zur Anwendung bringen, also zum Beispiel die Bundeswehr gegen politische Streiks einsetzen.

Der DGB-Vorstand hat erklärt, nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze gegen jeden Mißbrauch der Gesetze vorgehen zu wollen. Dagegen ist zu sagen, dass nach Verabschiedung der Notstandsgesetze jede politische Kampfmaßnahme der Arbeitnehmer – gemäß Artikel 9/Absatz3 der Notstandsgesetze – mit den Mitteln eben dieser Gesetze niedergeschlagen werden kann.

Daraus wird ersichtlich, dass die Notstandsgesetze nicht nur die Aufhebung wesentlicher bürgerlicher Grundrechte, die Stärkung der exekutiven Gewalt und damit die Selbstentmachtung des Parlaments bedeuten, sondern auch die entscheidende Beschränkung der politischen Rechte der organisierten Arbeiterschaft zum Ziel haben. Diesen Sachverhalt versuchen die Parteien durch Schönfärberei, unzureichende Information der Bevölkerung und große Hast bei der Verabschiedung der letzten Fassung der Gesetze zu verschleiern. Wir sind der Meinung, dass damit sowohl die Parteien als auch das Parlament ihren verfassungsmäßigen Auftrag, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, nicht erfüllt haben.

Daraus entsteht für uns die Notwendigkeit – und es bleibt unsre letzte Chance – uns überall an unseren Arbeitsplätzen selbst zu organisieren, das heißt uns zu Diskussionen zusammenzufinden, um dort konkrete Formen des Widerstands gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze gemeinsam zu beschließen.

Wir fordern daher alle Kolleginnen und Kollegen an den Theatern der Bundesrepublik und Westberlins auf, sich unserer Aktion anzuschließen und in der Zeit bis zum oder möglichst am Vorabend der 3. Lesung der Notstandsgesetze in ihren Theatern politische Warnstreiks durchzuführen. Die dabei gegebene Möglichkeit, mit dem Publikum zu diskutieren, sollte unbedingt genutzt werden.

Wir fordern unser Publikum, wir fordern alle Arbeiter, Angestellten, Studenten und Schüler auf, sich mit den unteren Gewerkschaftsorganen ihrer Bezirke zu AktionsKomitees zusammenzuschließen, um durch Streiks die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu verhindern.

Abstimmung

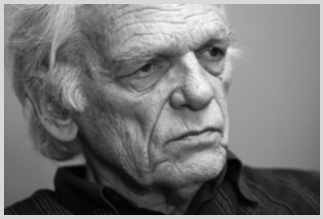
Ich bin einer von den Fünfen, wie ihr wisst, und ich find die Sache unheimlich gut und denk, alle können dem zustimmen und wenn das schnell läuft, haben wir genug Zeit darüber zu reden, was wir außer großen Worten noch gemeinsam aushecken wollen.

Lena und Christiane, das sah Bliss mit einem schnellen Blick rechtslinks, hatten ein leicht amüsiertes Lächeln aufgesetzt, auch die Giehse schaute irgendwie gerührt Richtung Ganz, der herbe Charme des jungen Schauspielers wirkte offenbar bei Frauen stärker als die politische Argumentation des Textes. Sogar Maria Singer schien dem erlegen oder hatte die Sprengkraft der Forderungen nicht erkannt, blickte jedenfalls eher verklärt als empört zu ihrem Wahl-Sohn. So konzentriert wie suggestiv hatte Ganz gelesen und dadurch dem spröden Text Faszinationskraft gegeben. Die Stille war nicht geräuschlos – an manchen Tischen wurde leise geredet, Stuhlbeine kratzten über den Boden, der Kantinenwirt spülte Gläser hinter der Teke, dennoch gab es eine ruhige wache Aufmerksamkeit im Raum. Die anfängliche Aufgeregtheit war durch die Kraft der glaubhaften Fakten in Nachdenklichkeit verwandelt, auch bei den Gegnern einer politischen Aktion des Ensembles. Es gab genügend Mitglieder des Hauses, die in ihrem jahrzehntealten Grundvertrauen in die Beschlüsse der weit entfernten Bonner oder der näheren bayerischen Politiker kaum zu erschüttern waren, die in Verbindung mit ihrer Arbeitsstelle in Begriffen wie Chef, Lohntüte, Kündigungsschutz und vielleicht noch Betriebsrat zu denken sich erlaubten, doch das Gedankengewebe der Resolution war zu dicht und folgerichtig gestrickt, als dass jemand sich mit einer impulsiven Erwiderung hervorgetraut hätte. Einen direkten Streikaufruf hatten die Fünf nicht in das Papier geschrieben, hatten sich knapp unterhalb dieser möglichen Bruchstelle gehalten.

Ganz wartete nicht länger, dass sich ein Gegner zu Wort meldete, bat die Kolleginnen und Kollegen durch Handaufheben der Resolution zuzustimmen und erklärte die gereckten Arme ohne weiteres Zählen zur überwiegenden Mehrheit. Irgendwer protestierte, aber das ging in dem Beifallsjubel unter, der sich anhörte, als seien mit der Zustimmung bereits die Gesetze selbst gekippt. Der Text wurde in zwei Exemplaren herumgereicht, damit alle, die wollten, persönlich unterschreiben konnten. Unterdessen entbrannte der Streit in voller Schärfe über die Frage, ob über die Verlesung vor Publikum hinaus die Kammerspiele den in der Erklärung geforderten Streik auch selbst ausrufen sollten.●

(aus »Ein Frühling irrer Hoffnung)

Erasmus Schöfer



Nach Lesungen werde ich oft gefragt, was denn nun von den Achtundsechzigern übriggeblieben ist. Ich nenne dann eine ganze Reihe Punkte, von denen ich sagen kann: Wir merken es nur selten noch, aber die Anstöße sind damals gegeben worden. Ob das die Frauenemanzipation war, wie weit sie auch gekommen sein mag, oder das Verhältnis zu Kindern, das sich total geändert hat. Kinder waren bis dahin keine Personen, die ernst genommen wurden. Oder wie geht man heute auf eine Behörde, wenn es nicht gerade das Arbeitsamt ist? Doch nicht mehr devot, quasi als Untertan? Oder der Umgang mit Homosexualität! Es gibt seither Bürgerbewegungen und die Hinwendung zur Natur als einem Lebenselement der Menschen. Anderes ist wieder zurückgedreht worden, an den Universitäten zum Beispiel. Die Professoren sind oft wieder die alten Majestäten. Und die Bildzeitung blüht immer noch an den Kiosken.

Anzeige

Erasmus Schöfer
Die Kinder des Sisyfos

Ein Frühling irrer Hoffnung
Zwielicht
Sonnenflucht
Winterdämmerung

Ein gewaltiges literarisches Unternehmen ist in diesem Herbst zu einem Abschluss gekommen … Ein parteiisches Buch, auf der Seite der organisierten Arbeiter, der Kommunisten, der Gewerkschafter, der kämpfenden Gewerkschafter, nicht der Funktionäre. Ein kämpferisches Werk, mit einem kraftvollen Glauben daran, dass Literatur die Lebensverhältnisse der Menschen verändern kann.
Volker Weidermann
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

www.dittrich-verlag.de

EL SALVADOR

Radio Victoria

Im November 2010 fuhr eine Solidaritätsbrigade des Ökumenischen Büros München nach El Salvador. Die TeilnehmerInnen wollten sich vor Ort über die gesellschaftlichen Veränderungen nach dem Sieg der linksgerichteten FMLN bei den Präsidentschaftswahlen 2009 informieren. Neben zwei Wochen aktiver Hilfe in einem Projekt im Osten des Landes führten sie eine Reihe von Gesprächen mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen in San Salvador. Darüber hinaus besuchte die Gruppe in der im Norden des Landes gelegenen Provinz Cabañas das unabhängige Radio Victoria.

Von Knut Hildebrandt, El Salvador ● Im offenen Obergeschoß des Senders sitzen uns Haydee, Oscar, Elvis sowie weitere Mitglieder von Radio Victoria gegenüber. Oscar und Elvis gehören zum »Kernteam« des Radios, welches keinen Direktor hat, generell auf hierarchische Strukturen verzichtet und alle wichtigen Entscheidungen im Kollektiv fällt. Wie viele der RadiomacherInnen sind auch die zwei seit mehr als zehn Jahren dabei. Beide kamen als Teenager zum Projekt und lernten gemeinsam über die Jahre den Sender zu leiten und sein Programm zu gestalten. Mittlerweile sind es fünfzehn Stunden, die sie Tag für Tag auf Sendung gehen.

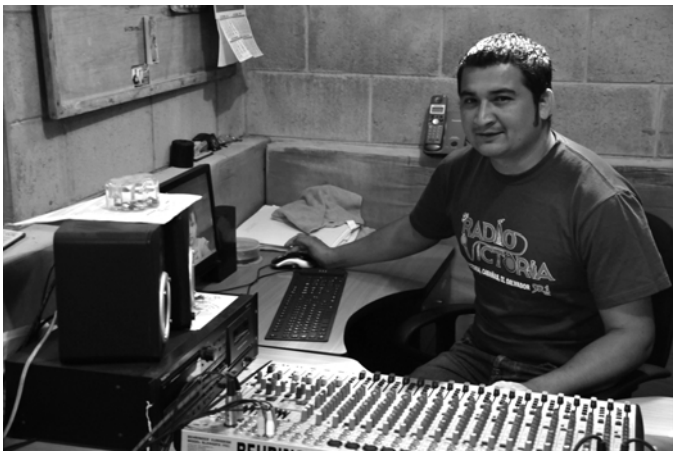


Foto: Knut Hildebrandt

Angefangen hat alles viel bescheidener, berichtet Elvis. Gegründet wurde der Sender 1993 in Santa Marta von aus Honduras zurückgekehrten Kriegsflüchtlingen. Deren Empfang in der neuen alten Heimat war alles andere als freundlich. Jahrelange Regierungspropaganda hatte der zurückgebliebenen Bevölkerung eingeschärft, dass die Flüchtlinge Aufständische und Unruhestifter seien, denen es zu misstrauen gelte. Dem wollten die BewohnerInnen Santa Martas etwas entgegensetzen und gründeten ihr eigenes Radio. Aufklären sollte der Sender mit selbst produzierten Berichten aus ihrem Dorf, Nachrichten aus den umliegenden Gemeinden und einem eigenen Bildungsprogramm.

Da man vor allem die Menschen außerhalb Santa Martas erreichen wollte, zog der Sender bald in das günstiger gelegene Victoria um. Von dort erreichte er zwar anfangs nicht mehr die angestammte Hörerschaft im eigenen Dorf, dafür aber große Teile der Bevölkerung Cabañas. Allerdings bedeutete der Umzug auch, dass die jungen Radiomacher jeden Tag mehrere Stunden zu Fuß oder mit dem Bus unterwegs waren, um zu ihrem Sender zu gelangen. Ihnen war es deshalb kaum möglich, bei der Arbeit auf Feld und Hof zu helfen. Das brachte fast alle in schwere Gewissenskonflikte. Denn ihre Arbeit für Radio Victoria war ehrenamtlich und so gut wie nicht bezahlt, weswegen sie nur wenig zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitragen konnten.

Doch schon bald schlossen sich auch Jugendliche aus Victoria dem Radio an und verstärkten das Team. Für diese wurde der Sender, wie zuvor für die jungen Leute aus Santa Marta, zu einem Ort der Zusammenkunft, an dem sie Neues ausprobieren und erlernen konnten. Nicht wenige von ihnen machten mit Radio Victoria ihre ersten Schritte in Richtung einer journalistischen Laufbahn. Durch derartige Erfolge ermutigt, war man bei Radio Victoria stets bemüht, die eigenen Möglichkeiten zu erweitern, mit neuen Formaten und Medien zu experimentieren. Zur Zeit wird ein Audiovisuelles Zentrum aufgebaut, um mit selbst produzierten Beiträgen bei lokalen Fernsehsendern und im Internet vertreten sein zu können.

Trotz oder vielleicht gerade wegen der zunehmenden Akzeptanz in der Bevölkerung ist Radio Victoria immer wieder Angriffen ausgesetzt gewesen. Den privaten, kommerziell ausgerichteten Stationen war der Sender stets ein Dorn im Auge. Sie sahen seine kritischen Sendungen als direkte Konkurrenz zum eigenen systemkonformen Programm. Nicht zuletzt dem Druck der Privaten war es zu verdanken, dass Mitte der neunziger Jahre Radio Victoria für illegal erklärt und sein Equipment beschlagnahmt wurde. Erst durch die Mobilisierung der eigenen Hörerschaft, die Initiierung einer breiten Protestbewegung und die Organisation von Demonstrationen in San Salvador konnte die Herausgabe der Technik erzwungen werden. In den anschließenden langwierigen Verhandlungen gelang es Radio Victoria, sich eine eigene Frequenz zu sichern. Dies wurde allerdings erst durch viele kleine und große Spenden ermöglicht. Die neue Frequenz, welche sich der Sender mit anderen freien Radios teilt, musste nämlich durch eine Privatperson gekauft werden.

Foto: Knut Hildebrandt

Durch seine kritische Berichterstattung hat sich Radio Victoria nicht wenige Feinde gemacht. Regelmäßig werden im Programm Umweltthemen, die Verletzung der Menschenrechte sowie der Rechte von Frauen angesprochen. Dies, genauso wie das Bildungsprogramm des Senders, ist vielen Lokalpolitikern ein Dorn im Auge. Sie fürchten um ihre Macht, wenn eine aufgeklärte Bevölkerung anfängt ihre Belange selbst in die Hand zu nehmen. Deshalb kam und kommt es immer wieder zu kleineren oder größeren Sabotageakten, wie Anschlägen auf die Übertragungstechnik oder den Sendemast, der im gut 10 Kilometer entfernten Sensuntepeque steht.

Seit geraumer Zeit ist es aber auch für die RadiomacherInnen selbst gefährlich geworden. Vor mehr als fünf Jahren bekamen erstmalig einige von ihnen Morddrohungen. Grund dafür war ihr Engagement gegen Bergbauprojekte in der Region. Durch Offenlegung der wahren Umweltbelastungen hatten sie den von der Mine propagierten »Grünen Bergbau« als Märchen entlarvt.

Die Situation eskalierte Mitte des Jahres 2009. Nach der Entführung und Ermordung des Radio Victoria nahe stehenden Umweltaktivisten Marcelo Rivera erhielten auch mehrere Team-Mitglieder, unter anderem Haydee, Drohungen per Mail oder SMS. Am Abend des 30. Juli 2009 bekam Isabel Gámez, damals Chefin der Nachrichtenredaktion, einen Anruf als sie noch allein in den Redaktionsräumen arbeitete. Der Anrufer drohte ihrem nahe gelegenen Haus, wie schon eine Nacht zuvor, weitere Besuche abzustatten. In den folgenden Monaten hörte Isabel wiederholt Personen um ihr Haus schleichen. Nachts wurde von Unbekannten an ihre Tür geklopft oder Steine gegen diese geworfen.

Als sich im letzten Jahr durch ein Stipendium der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte die Möglichkeit ergab, einem Team-Mitglied den Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen, wurde Isabel ausgewählt. Sie galt allen als die Gefährdetste der Radiomannschaft, weil sie alleine in der Nähe des Senders in Victoria wohnte. Heute lebt Isabel Gámez mit ihrem neunjährigen Sohn in Hamburg.

Doch damit hat sich die Situation bei weitem nicht entspannt. Immer noch erhalten MitarbeiterInnen von Radio Victoria Drohbriefe und -anrufe. In den Morgenstunden des 11. Januar diesen Jahres hinterließen Unbekannte, trotz des mittlerweile angeordneten Polizeischutzes, eine Morddrohung gegen Elvis, Manuel und Pablo an der Tür des Senders. Ähnliche Drohungen waren vor zwei Jahren der Auftakt für eine Welle der Gewalt, die neben Marcelo Rivera zwei weiteren Umweltaktivisten das Leben kosteten.

Um Radio Victoria bei seiner Arbeit zu unterstützen, hat das Ökumenische Büro München e.V. ein Spendenkonto eingerichtet. Die gesammelten Gelder sollen der Zahlung kleiner Aufwandsentschädigungen, dem Betrieb der Sendeanlagen und Kauf neuer Technik dienen. Wichtig ist es auch den Sender besser gegen Angriffe zu schützen. Alle über das Büro laufende Spenden sind natürlich von der Steuer absetzbar.●

Ökumenisches Büro
Konto-Nr. 5617 62 58
Stadtsparkasse München
BLZ: 701 500 00
Stichwort: Radio Victoria

EINE CHANCE FÜR JUNGE KULTURINITIATIVEN

Redaktion Heidelberg ● Soziokultur hat viele Themen, Formate, Ansätze und Adressaten. Ob es um Musikmachen oder kreatives Schreiben geht, um Medienarbeit oder Theaterspielen, um kulturelle Aktionen an ungewöhnlichen Orten, Stadtspielaktionen, Internet- oder Geschichtsprojekte, um junge oder alte Menschen: Vielfalt ist ihr Programm, Innovation ihr Markenzeichen. In Projekten wird Neues erprobt. Ein bundesweiter Austausch sorgt dafür, dass Ideen weitergegeben werden. Kommunikation befördert die Nachhaltigkeit und stärkt die Vielfalt.

Der Fonds Soziokultur fördert diesen Prozess. Der Wettbewerb um die besten Projektideen trägt nicht nur zum Erhalt der bestehenden Strukturen bei, sondern ermutigt die Akteure immer wieder, ungewöhnliche und neue Ansätze zu erproben, Projekte zu kreieren, die überraschen. Erwartet werden originelle Entwürfe, die kulturelle Teilhabe in unserer Gesellschaft in den Blick nehmen, die soziale und politische Themen aufgreifen und um Inklusion und Partizipation bemüht sind. Erwünscht ist, dass sich viele Akteure an diesen kulturellen Experimenten beteiligen.

Auch deshalb hat der Fonds Soziokultur neben seiner bewährten Förderung in diesem Jahr zusätzlich ein Programm für Newcomer aufgelegt. Unterstützt werden soziokulturelle Projektideen von Menschen zwischen 18 und 25 Jahren, weil Engagement keine Selbstverständlichkeit ist. Angeboten wird neben einer finanziellen Förderung auch die Chance, sich beraten zu lassen.

Träger soziokultureller Projekte können sich beim Fonds Soziokultur zweimal jährlich um Fördermittel bewerben. Die Ausschreibung für das zweite Halbjahr 2011 ist an kein spezielles Thema und auch an keine Kunst- und Kultursparte gebunden. Vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel des Fonds durch die Kulturstiftung des Bundes stehen für Projektförderungen im zweiten Halbjahr 2011 zirka 430.000 Euro zur Verfügung. Gefördert werden zeitlich befristete Projekte, in denen neue Angebots- und Aktionsformen in der Soziokultur erprobt werden. Die Vorhaben sollen Modellcharakter besitzen und beispielhaft sein für andere soziokulturelle Akteure und Einrichtungen. Damit regt der Fonds Soziokultur einen bundesweiten Wettbewerb um die besten Projektideen an.

Mit seinem neuen Förderprogramm für junge Kulturinitiativen will der Fonds Soziokultur Jugendlichen die Möglichkeit geben, eigene Projektideen im soziokulturellen Praxisfeld zu entwickeln und umzusetzen.

Einsendeschluss ist der **1. Mai 2011**. Es gilt das Datum des Poststempels.

Das Kuratorium des Fonds entscheidet am **4. und 5. Juli 2011** abschließend über die eingegangenen Anträge. Die Projekte dürfen nicht vor diesem Termin beginnen!

Nähere Informationen zur Ausschreibung und die Antragsvordrucke für die Mittelvergabe 2011 können über folgende Internet-Adresse bezogen werden:
www.fonds-soziokultur.de

MEDIENLANDSCHAFT NIEDERSACHSEN

Kommerz-TV – alles läuft nach Plan

Die Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM) hat am 10. Februar 2011 die ersten Lizenzen für kommerzielles Lokal- und Regionalfernsehen vergeben (siehe auch CONTRASTE März 2011, S. 12). Große Überraschungen gab es dabei nicht.

Von Hans Weber, Göttingen ● In den Großstädten bekamen erwartungsgemäß die »Platzhirsche« der Zeitungsbranche bzw. deren Tochterunternehmen den Zuschlag: Madsack in Hannover und Hildesheim, die »Nordwestzeitung« in Oldenburg und die »Neue Osnabrücker« in Osnabrück. In ländlichen Gebieten bekommen auch kleinere Anbieter eine Chance, wie die christlich-konservative »Oldenburgische Volkszeitung«.

In 13 der 17 ausgeschriebenen Netzregionen hatte sich ohnehin nur je ein Kandidat beworben. In weiteren drei zog sich jeweils ein Bewerber zurück, lediglich eine Region (Walsrode) wurde einvernehmlich aufgeteilt. »Zum Zeitpunkt der Entscheidung bestand nirgendwo eine Konkurrenzsituation«, hieß es dazu von der NLM.

Homeshopping oder Vollprogramm

Nur einer der neuen Sender hebt sich von den übrigen ab: fan24.tv. Die fan24.tv GmbH aus Dörverden erhielt die Lizenz für vier Regionen im Nordosten Niedersachsens. Anteilseigner sind ausschließlich Mitglieder der Familien Mahn und Zimmer. Diese betreiben – neben einer TV-Produktionsfirma – mit wechselnder Beteiligung mehrere Onlineshops. Ihre Spezialität sind Übergrößen bei Bekleidung und Schuhen. Da liegt der Verdacht nahe, man wolle sich mit dem Sender ein weiteres Verkaufsvehikel schaffen. Vielleicht sogar einen reinen »Shoppingsender«? »Das entspräche nicht den Lizenzbedingungen«, so ein Sprecher der NLM, »wir gehen von einem Vollprogramm aus«. Warten wir's ab!●

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

JENSEITS DES WACHSTUMS?!

Solidarische Unternehmen wider den Wachstumszwang

Finanzkrise, Klimakatastrophe, steigende Ungleichheit und erdrückende Arbeitsbedingungen: Die Reputation des wachstumsfokussierten Wirtschaftens bröckelt. Als Alternative entwickelt sich das Bild der Postwachstumsökonomie.

Von Steffen Lange, Göttingen ● Wichtige Puzzlestücke in diesem Bild sind Unternehmen und Projekte der Solidarischen Ökonomie. Das Bild der Postwachstumsökonomie wird ohne die Solidarische Ökonomie nicht zusammengesetzt werden können. Gleichzeitig kann sich die Solidarische Ökonomie nur in Kombination mit den anderen Puzzlestücken der Postwachstumsökonomie voll entfalten.

Der Unterschied zwischen renditeorientierten und solidarischen Unternehmen

Mit renditeorientierten Unternehmen sind solche gemeint, deren vorrangige Zielsetzung die Maximierung der Kapitalrendite ist. Das beste Beispiel sind Aktiengesellschaften, in denen die EigentümerInnen außer der Kapitaleinlage prinzipiell keine Verbindung mit dem Unternehmen haben. In solchen Unternehmen wird primär versucht, durch Kostensenkungen und Produktionsausweitungen die Gewinne sowie die Rendite zu erhöhen.

In solidarischen Unternehmen hingegen haben die EigentümerInnen eine persönliche Verbindung mit dem Unternehmen. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn sie selbst im Unternehmen arbeiten, die ArbeitnehmerInnen kennen, in der Nähe leben oder die Produkte konsumieren. Erzielte Gewinne werden dann nicht vorrangig für kostensenkende Technologien und den Ausbau der Produktion verwendet. Außer der Rendite haben die EigentümerInnen hier auch ein Interesse an den Umständen der Produktion: Die ArbeitnehmerInnen an guten Arbeitsbedingungen, die AnwohnerInnen an geringer Umweltverschmutzung und die KonsumentInnen an ethisch vertretbaren Produkten. Das führt zu Investitionen in die Verbesserung dieser Bereiche. Daher investieren solidarische Unternehmen tendenziell weniger in Kostensenkung und Produktionsausweitung und wachsen folglich gar nicht oder weniger schnell. Zusätzlich stehen geringere Kapitalertragszahlungen für Investitionen in andere Unternehmen zur Verfügung, was wiederum den Wachstumsdrang verringert.

Viele Unternehmen sind irgendwo zwischen diesen Extremen angesiedelt. Aktiengesellschaften sind das Extrem auf der einen Seite. Kollektiv organisierte Unternehmen, die basisdemokratisch entscheiden und darüber hinaus die KonsumentInnen mit einbeziehen, stehen auf der anderen Seite. Dazwischen gibt es Genossenschaften, Kleinstbetriebe, Familienbetriebe etc. Entscheidend für die wirtschaftliche Dynamik ist, dass die renditeorientierten Unternehmen die preiswertesten Produkte anbieten können. Das bringt andere Unternehmen in Zugzwang, um im Preiskampf standzuhalten.

Solidarische Unternehmen im gesamtwirtschaftlichen Wachstum

Von zentraler Bedeutung für wirtschaftliches Wachstum sind technologische Erneuerungen, die immer auch Investitionen voraussetzen. Unternehmerische VorreiterInnen erlangen eine zusätzliche Rendite, indem sie mit innovativen Technologien ihre Kosten senken. Andere Unternehmen müssen ebenfalls in die neuen Methoden investieren, um nicht im Preiskampf unterboten zu werden. Aber auch die VorreiterInnen müssen weiter investieren, damit sie nicht beim nächsten Innovationsschritt zu den Verlierenden gehören. Es kommt zu einem Kreislauf aus schneller, andauernder Innovation und kontinuierlicher Kapitalakkumulation.

Wenn solidarische Unternehmen die erzielten Gewinne nicht vorrangig zur Kostensenkung und den Einstieg in neue Produktionssektoren nutzen, besteht für sie die Gefahr, von gewinnorientierten Unternehmen abgehängt zu werden. Deswegen sind solidarische Unternehmen zum großen Teil in wirtschaftlichen Sektoren erfolgreich, die von geringem Wachstum, langsamer technischer Erneuerung und geringem Kapitaleinsatz geprägt sind: ökologische Landwirtschaft, Gastronomie, Wohnprojekte, der Care-Sektor, Bildung, Medien etc. In der industriellen Produktion hingegen findet man sie selten. Solange die Produktionskosten der zentrale Faktor bei der Kaufentscheidung sind, werden solidarische Unternehmen in weiten Bereichen der Wirtschaft Probleme haben, dem Wettbewerb standzuhalten.

Die Neue Heimat Montage: Fabian Scheidler, www.counter-images.de

Wege aus dem preisgetriebenen Wachstumszwang

Welche Rahmenbedingungen würden die Zielsetzungen »ökologische Nachhaltigkeit«, »demokratische Mitbestimmung« (auch in der Wirtschaft) und »eine bedürfnisorientierte Ausrichtung der Wirtschaft« widerspiegeln? Aus dieser Fragestellung ergibt sich ein Forderungskatalog, der automatisch solidarische Unternehmen fördern und wirtschaftliches Wachstum verringern würde.

Ein erster Schritt wäre, die wirklichen Kosten der Produkte in den Preisen abzubilden. Ökologische Zerstörung, Ressourcenverbrauch und soziale Kosten müssen angemessen eingepreist werden. Es ist wichtig, hierbei nicht die internationale Perspektive zu vergessen. Denn werden die Kosten in Deutschland erhöht, führt dies zur Bevorteilung von Unternehmen in anderen Ländern. Daher gibt es prinzipiell zwei Möglichkeiten: Entweder eine Begrenzung des Freihandels oder eine Durchführung der Maßnahmen auf internationaler Ebene.

Des Weiteren bedarf es einer Unterstützung von Unternehmen, die demokratische Mitbestimmung und ökologische Aspekte stark berücksichtigen. Einige der möglichen Maßnahmen sind preiswerte, langfristige Kreditvergaben, geringere Besteuerung und Unterstützung der Forschung zur Verbesserung der Produktions- und Organisationsstrukturen.

Außerdem sollten KonsumentInnen darin bestärkt werden, neben dem Preis auch Produktionsbedingungen und -auswirkungen in ihre Kaufentscheidung mit einzubeziehen. Dies setzt voraus, dass mehr Informationen über das Produkt und seine Herkunft zur Verfügung stehen. Anknüpfungspunkte sind die bereits lange bestehenden Konsumgenossenschaften oder auch die neu aufkommenden Projekte der Community-Supported-Agriculture. Darüber hinaus erleichtert eine lokalere Produktion die Zugänglichkeit von Informationen über die Produktionsbedingungen. Daher sollten diese zum Beispiel durch Einführung von Regionalgeldern unterstützt werden.

Alle diese Maßnahmen sind logische Schlussfolgerungen, wenn man die Umwelt schützen, Wirtschaftsdemokratie stärken und bedürfnisorientiert produzieren möchte. Solidarische Unternehmen würden hiervon stark profitieren, gerade weil sie diese Werte verkörpern. Gleichzeitig würde der desaströse Preiskampf beendet werden, da ProduzentInnen und KonsumentInnen ihre Interessen besser einbringen könnten. Dies würde den Unternehmen den Wachstumszwang nehmen und auf gesamtwirtschaftlicher Ebene den Weg zu einer Postwachstumsökonomie ebnen.●

Der Autor studiert Wirtschaftswissenschaften an der Universität Göttingen und ist bei Attac aktiv.

ILLUSTRATIONEN

Der Themenschwerpunkt »Solidarische Postwachstumsökonomie« wird von einer Serie von Fotomontagen aus dem Zyklus »Displaced Places« des Berliner Autors und Künstlers Fabian Scheidler kommentiert. Mehr Montagen unter: www.counter-images.de.

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT:

Wege in eine solidarische Postwachstumsökonomie

»Und weil der Mensch ein Mensch ist,
drum braucht er was zu essen, bitte sehr!
Es macht ihn ein Geschwätz nicht satt,
das schafft kein Essen her.«
Bertolt Brecht

Bis heute beruht die Ernährung der Welt im Wesentlichen auf kleinbäuerlichen, lokalen, vielfältigen Strukturen. Doch die Koordinaten des Agrar- und Lebensmittelsystems sind so ausgerichtet, dass gerade diese Strukturen zerstört werden. Damit werden laufend Armut, Hunger und Ungleichheit weiter verschärft.

Von Franziskus Forster, Wien ● Um dies zu verändern, kommt einer emanzipatorischen Wachstumskritik eine große Bedeutung zu. Ernährungssouveränität kann hier als orientierende Richtungsforderung einen wichtigen Beitrag leisten.

Wachse oder Weiche!

Die jüngere Geschichte der Landwirtschaft steht im Zeichen von »Entwicklung«: Landwirtschaft ist im Rahmen der kapitalistischen Moderne ein Entwicklungsstadium, das es gründlich zu revolutionieren, ja letztlich zu überwinden gilt. Produktivitätssteigerungen spielen eine zentrale Rolle im Entwicklungsprozess (»take-off«) einer modernen kapitalistischen Ökonomie.

Versprechen von mehr, billigeren und besseren Nahrungsmitteln sind entscheidende Aspekte der ideologischen Rechtfertigung der unzähligen Umbrüche, die durch die industrielle kapitalistische Landwirtschaft und ihre anhaltenden Ungleichheiten und Spannungen bewirkt wurden: Über diese wurden Maßnahmen vorangetrieben, die zwar auf der einen Seite tatsächlich sehr hohe Produktivitätssteigerungen bewirkten, auf der anderen Seite jedoch nie in der Lage waren, alle Menschen zu ernähren. Blicken wir zurück, so ist das historische Konzept der »Ernährungssicherheit«, das auf der industriellen kapitalistischen, exportorientierten Landwirtschaft basiert, gescheitert: »Der Hunger ist keine Folge des Mangels, sondern der Verteilung. Hunger entsteht dort, wo die Lebensmittel das Land in Richtung 'kaufkräftiger Nachfrage' verlassen. Die Geographie des Hungers ist der Fußabdruck der kapitalistischen Landwirtschaft, deren energetische, ökologische und soziale Bilanzen negativ sind.« (1)

»The food crisis is not just about food« (2)

Eine solidarische Postwachstumsgesellschaft bedeutet nichts geringeres als einen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft. Da setzt Ernährungssouveränität ein. Dieses Konzept ist gerade aus der Kritik am dominanten Paradigma der »Ernährungssicherung« über die industrielle kapitalistische Landwirtschaft entstanden. Der Einsatzpunkt besteht dabei darin, den ideologischen Gehalt dieses Paradigmas anzugreifen: Einerseits werden wesentliche »Kosten« und »Nebeneffekte« ausgeblendet und an Schwächere ausgelagert, wodurch wesentlich Hunger und Armut und nicht nur Nahrungsmittel produziert werden. Und andererseits untergräbt dieses Paradigma auch die eigenen Grundlagen (z. B. Böden, Biodiversität, Erdöl, Klimawandel). Die Ursache des Hungers liegt in der Art und Weise begründet, wie Nahrungsmittel verteilt werden: über den Markt, als Privateigentum. Menschen, die verhungern, sind zu arm, um sich Nahrungsmittel leisten zu können.

Ernährungssouveränität geht demgegenüber davon aus, dass die Nahrungsmittel dafür da sind, die Menschen zu ernähren – anstatt als Waren dem Profitprinzip unterstellt zu werden. Das Konzept der Ernährungssicherheit wird dahingehend kritisiert, dass es die Frage, *wer wie für wen welche* Nahrungsmittel produziert, und *wie* diese verteilt und konsumiert werden, nicht stellt. Mit diesen Fragen wird der Blick auf die grundlegenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse gelenkt, die das bestehende Agrar- und Lebensmittelsystem prägen. Dadurch stehen z.B. physische und strukturelle Gewalt gegen Frauen oder die Konflikte um Land und Saatgut im Zentrum der Auseinandersetzung, ein völlig neuer Blick wird möglich. Dies ist die wesentliche Voraussetzung für Veränderung: Ernährungssouveränität ist in diesem Sinne die Voraussetzung für »wirkliche« Ernährungssicherheit. Ernährungssouveränität steht für das Recht der Menschen, die Art und Weise der Produktion, des Konsumierens und der Verteilung von Nahrungsmitteln selbst bestimmen zu können.

In Ernährungssouveränität verdichten sich Forderungen, die von Menschen formuliert wurden und werden, die gewissermaßen an den Rändern der kapitalistischen »Wachstumsgesellschaften« leben und die Folgen in den eigenen alltäglichen Lebensverhältnissen direkt erfahren: Kleinbäuerinnen und -bauern, Landlose, SlumbewohnerInnen, LandarbeiterInnen, FischerInnen ... Von ihnen wird zunächst das Recht angeeignet und eingefordert, *überhaupt* Rechte zu haben, es rückt die Behauptung eines sozialen Existenzrechts ins Zentrum. Es geht um das Recht, für sich selbst sprechen zu können: »Nichts über uns – ohne uns!« Damit wird das strukturelle Demokratiedefizit des Agrar- und Lebensmittelsystems direkt sichtbar und konkret mit dem Projekt verbunden, Wirtschaft demokratisch auf die realen Bedürfnisse der Menschen neu auszurichten und die enteigneten, privatisierten und kommerzialisierten Güter in Gemeingüter zu verwandeln und sie in egalitärer, basisdemokratischer Weise zu nutzen und zu verwalten.

»Globalize struggle! Globalize hope!«

Ernährungssouveränität ist ein Prozess. Es sind längst nicht alle Fragen geklärt, jedoch geht es in diesem Konzept gerade auch nicht darum. Dies ist nicht Sache so genannter »ExpertInnen«, sondern es wird auf eine umfassende Repolitisierung und -demokratisierung des Agrar- und Lebensmittelsystems abgezielt. Über Ernährungssouveränität sollen vielmehr die Bedingungen für eine breite gesellschaftliche Debatte zur Frage, wie denn das gute Leben aller aussehen könnte, geschaffen werden. Außer Zweifel steht dabei, dass es neue Formen solidarischen Widerstands weltweit braucht, um den Strukturen der imperialen Lebensweisen etwas entgegenzusetzen und emanzipatorische Handlungsspielräume zu erweitern. Gerade dieser Prozess ist wesentlich mit der Perspektive einer solidarischen Postwachstumsgesellschaft verknüpft.●

Franziskus Forster ist aktiv bei AgrarAttac.

www.nyeleni.org
www.nyelenieurope.net
www.weltagrarbericht.de

1) Hanns Wienold (2007): Leben und Sterben auf dem Lande. Kleinbauern in Indien und Brasilien. Westfälisches Dampfboot

2) Jacques Depelchin (2008): Hungry for a voice: The food crisis, the market, and socio-economic inequality: www.pambazuka.org/en/category/comment/52480

ÖKONOMIE

JENSEITS DES WACHSTUMS?!

Sand ins Getriebe der Wachstumsdynamik

»Signale und Wegweiser« lautet der Titel der jüngsten Energiestudie von Shell. Auch wenn man den Angaben des Ölkonzerns nur mit Abstrichen Glauben schenken sollte, so wäre als Überschrift »Warnleuchten & Stoppschilder« treffender gewesen. Denn eine der zentralen Thesen lautet, dass in vierzig Jahren der Energiebedarf dreimal höher als im Jahr 2000 liegen wird.

The Chain

Montage: Fabian Scheidler, www.counter-images.de

Alexis Passadakis und Matthias Schmelzer, Berlin ● Gleichzeitig soll ab Ende der 2020er Jahre zuerst die Produktion von Öl und dann von Erdgas hinter der Nachfrage zurückbleiben, ohne dass Kohle und erneuerbare Energien die Deckungslücke werden schließen können. Im Verhältnis zu vielen »Peak-Oil«-Prognosen ist dies allerdings ein verhältnismäßig optimistisches Szenario.

Ein völliger Kontrast dazu ist die Perspektive der etablierten Wirtschaftswissenschaften: reale und damit widerständige Natur existiert nicht, sondern lediglich Ressourcen als »Input«, die durch einen höheren Einsatz von Kapital effizienter genutzt oder gar ersetzt werden können. Dass Knappheiten sich zu einem Mangel entwickeln könnten, wird nicht gesehen. Das gleiche gilt für die unterschiedlichen Spielarten von Wirtschaftspolitik: mehr Energieeffizienz gilt als Trumpf, um die ökologischen Krisen zu bewältigen. Stattdessen ist jedoch zu erleben, dass gesteigerte Effizienz beim Einsatz von Rohstoffen – gerade in einer liberalisierten Weltwirtschaft – durch Wirtschaftswachstum wieder »aufgefressen« wird.

Jenseits neuer Formen Solidarischer Ökonomie ist es daher an der Zeit, neuartige Konzepte für gesamte Ökonomien zu entwickeln, die ein Wirtschaften in den Grenzen der Natur ermöglichen. Dazu gehört, dort Sand ins ökonomische Getriebe zu werfen, wo die Ursache des Wachstums liegt – nämlich bei der Akkumulation von Kapital. Eine ökonomische Struktur, die auf ein Schrumpfen von Stoffdurchsatz und BIP (Bruttoinlandsprodukt) und eine folgende Stabilisierung zielt, setzt eine neue Zusammensetzung von Investitionen, Konsum, Arbeit und Produktivität voraus: Dies bedeutet eine neue Schwerpunktsetzung weg von privaten Investitionen und privatem Konsum und hin zu öffentlichen Investitionen und kollektivem Konsum (z. B. öffentlicher Nahverkehr statt privaten Konsums von Automobilität). Und weg von hochproduktiven, fossilen Sektoren hin zu sozialen und ökologischen Dienstleistungen.

Ein Schlüssel dabei ist die demokratische gesellschaftliche Kontrolle von Investitionen. Denn während in einigen fossilistischen Bereichen, die nicht durch Konversion sozial-ökologisch umgebaut werden können, Kapital nach ökologischen und sozialen Kriterien entzogen werden muss (Disinvestment), sind in anderen Sektoren Investitionen dringend notwendig (aber nicht profitabel). Um den regionalen Strukturwandel hin zu einer post-fossilistischen Wirtschaft zu ermöglichen, sind regionale Investitionsräte denkbar, die verschiedene Akteure umfassen (Gewerkschaften, Umweltverbände, Unternehmen etc.). Hinzu kämen Kreditkontrollen, so dass öffentlich festgelegt werden kann, wie hoch die Kreditmengen sind, die in einen bestimmten Wirtschaftssektor fließen.

Ein weiteres Transformationsprojekt: eine massive Reduktion der insgesamt geleisteten Lohnarbeitsstunden in einer Volkswirtschaft – »21 Stunden sind genug« titelte jüngst eine Studie der New Economic Foundation über ein Großbritannien ohne Wachstum. Um Kapitalflucht und Investitionsstreiks zu verhindern, sind darüber hinaus Kapitalverkehrskontrollen und ein öffentliches Bankensystem statt großer Privatbanken wichtige Rahmenbedingungen.

Zwar stehen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse der Orientierung auf eine solidarische Postwachstumsökonomie diametral entgegen. Doch die Weltwirtschaftskrise hat die sozialen Verhältnisse in Bewegung gebracht. Es gibt ein »window of opportunity« für neues ökonomisches Denken.●

Beide Autoren sind aktiv bei Attac.

GRUNDEINKOMMEN

Soziale Sicherheit und Postwachstum

Für ÖkologInnen ist es eine ausgemachte Sache: Deutliche Einkommenssteigerungen in den kapitalistischen Ländern stehen »im Widerspruch zu sozialer und ökologischer Gerechtigkeit«, so Eckhard Stratmann-Mertens in einer Kritik der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (bge). Barbara Kamradt und Jürgen Knirsch von Greenpeace schreiben: »Zur Disposition steht unser Lebensstil.« Aber was ist das, unser »Lebensstil«? Und wer sind »wir«?

Von Werner Rätz, Köln ● Vorgerechnet wird gerne, dass der ökologische Fußabdruck eines Menschen in Deutschland ungefähr das Zweieinhalbfache des zulässigen Durchschnitts beträgt und in Indien nur knapp ein Drittel. Das klingt ungerecht und wäre es auch, wenn diese Zahlen denn aussagten, was sie suggerieren. Stattdessen verbergen sie vieles, z. B. die konkrete Situation der konkreten Individuen. In den Industrieländern gibt es Arme und in der so genannten Dritten Welt Reiche, die höchst unterschiedliche Umweltbelastungen verursachen. Aber viel wichtiger noch ist, dass in allen Ländern der weitaus größte Anteil am Energie- und Ressourcenverbrauch nicht aus dem Handeln der einzelnen Menschen entsteht, sondern daraus, wie die gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsverhältnisse organisiert sind.

Wichtige Teile der Produktion schaffen keinerlei Gebrauchswert für die Individuen. Das gilt nicht nur für die Destruktivtechnologien wie Atom- und Gentechnik oder Rüstungsproduktion, sondern auch für alle Überproduktion (etwa ein Drittel der Lebensmittel in deutschen Supermärkten ist von vorneherein zum Wegwerfen bestimmt) und Produkte, die gar keinen Gebrauchswert haben, wie Gammelfleisch oder giftiges Kinderspielzeug. Noch gravierender ist, dass weit mehr als zwei Drittel allen Transports ausschließlich getätigt wird, um die Gewinne der Unternehmen zu erhöhen und nicht, um Waren zu den Menschen zu bringen. Im ökologischen Fußabdruck wird das allen Individuen gleichmäßig zugerechnet, obwohl nur die AnteilseignerInnen der Konzerne etwas davon haben. »Unser Lebensstil« heißt also, einige Wenige verursachen riesige Umweltschäden und schieben allen die ökologische Verantwortung dafür zu. Tatsächlich geht es um den »globalen Norden« im Sinne der reichen und den »globalen Süden« im Sinne der arm gemachten Sektoren der Welt.

Eine Orientierung an ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit führt zur identischen Schlussfolgerung: Beseitigt die Destruktivtechnologien und organisiert Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen so, dass sie die konkreten Bedürfnisse der Menschen befriedigen. Leider gibt es keinerlei Statistiken, die den Anteil an Energie- und Ressourcenverbrauch ausweisen, der in diesen völlig überflüssigen Wirtschaftsbereichen stattfindet. Aber es ist auch ohne genaue Daten leicht einsichtig, dass es sich um gigantische Größenordnungen handelt. Die Forderung nach einer *bedarfsorientierten Ökonomie* ist also ein erster zentraler Punkt auf dem Weg zu sozialer Sicherung in einer Postwachstumsgesellschaft.

Aber sind es nicht gerade die Bedürfnisse der Individuen, die den Konsum anheizen und Energie- und Ressourcenverbrauch immer weiter steigern? Da will doch jedeR mindestens einmal jährlich nach Mallorca fliegen oder noch besser in die Karibik (und wir linken AlternativtouristInnen in noch weiter entfernte Winkel der Erde). Und auch bei vielen anderen Dingen will oder muss man zeigen, dass man dazugehört. Sind also die Bedürfnisse der Menschen nicht maßlos?

Es gibt empirische Belege dafür, dass sogenannte positionelle Güter in der Tat eine wichtige Rolle spielen. Vieles wird gekauft oder gemacht, weil andere es kaufen und machen. Aber es gibt ein ganz einfaches Gegenmittel. Eine jüngste umfassende Untersuchung britischer EpidemiologInnen belegt, dass das Glücksgefühl der Individuen abhängig ist von der wirtschaftlichen und rechtlichen Gleichheit der Menschen in der Gesellschaft. Innerhalb des globalen Nordens ist das Leben nicht in den reicheren Ländern lebenswerter, sondern die Einkommensschere innerhalb eines Landes entscheidet über Lebenserwartung, Vertrauen und soziale Beziehungen, seelische und körperliche Gesundheit, schulische Leistungen, Gewalt usw. Das Rangeln um Macht und Einfluss, Konsum und Reichtum nimmt zu, je mehr sich Macht und Einfluss, Konsummöglichkeiten und Reichtum Einzelner vom Durchschnitt unterscheiden. Die Herstellung von weitgehender *materieller Gleichheit* würde einen wesentlichen Teil des Konsums unterbinden, der lediglich dem Prestige gilt, und wäre damit eine zweite Kernforderung auf dem Weg in eine Gesellschaft, die Stoff- und Energieverbrauch reduziert.

Das zentrale Instrument für einen solchen Schritt wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen. Es würde nicht nur Armut verhindern und gesellschaftliche Teilhabe sichern und wäre allein schon deshalb eine menschenrechtlich unverzichtbare Maßnahme. Je nach Ausgestaltung und Finanzierungsmodalitäten trüge es auch zur Reduzierung ökologisch schädlicher Abläufe bei. Zwar würde ein hohes, also tatsächlich finanzielle Umverteilung organisierendes Grundeinkommen seinen Begünstigten einen erhöhten Konsum ermöglichen. Das könnte auch nicht etwa mittels einer Finanzierung durch Ökosteuern kompensiert werden. Um nämlich eine große Umverteilung zu gewährleisten, müssten die Steuern ein hohes Aufkommen erbringen, dann aber haben sie keine ökologische Steuerungswirkung mehr.

Allerdings bedeutet Umverteilung ja, dass die Mittel woanders hergenommen werden. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre eine Verschiebung von Geld aus dem gesellschaftlichen Investitions- in den Konsumfond. Der Wachstumswirksamkeit in letzterem steht die Wachstumsminderung in ersterem gegenüber. Wenn man bedenkt, dass Investitionsentscheidungen im Kapitalismus ausschließlich zum Zweck des Wachstums fallen – aus Geld muss mehr Geld werden, sonst investiert niemand – dann ist absehbar, dass der Schrumpfungs- den Wachstumseffekt deutlich überwiegen wird. Das wird nochmals dadurch verstärkt, dass Investitionsgelder erheblich rascher umschlagen als Konsumgelder. Während die zusätzlichen Lebensmittel- oder Urlaubsausgaben der bge-Begünstigten zurück zu den VerkäuferInnen fließen und dort in neue Produktion gesteckt werden, haben die FinanzinvestorInnen in der Regel schon mehrere Geschäfte mit ihrem Kapital getätigt.

Zwar ist die wachstumsmindernde Wirkung des bge umso größer, je höher es ist, aber dennoch ist nicht die Höhe der Haupteffekt. Vielmehr geht es darum, das bge nach und nach zu entmonetarisieren. All die Güter und Dienstleistungen, die den Menschen gesellschaftlich finanziert zur Verfügung stehen, brauchen sie nicht einzukaufen. Damit reduziert sich die notwendige Einkommenshöhe. Gesellschaftlich organisierte Infrastruktur wird ressourcen- und energieschonender errichtet als das Warenangebot auf dem Markt: Der öffentliche Nahverkehr ist ökologisch dem Privatauto weit überlegen. Der wichtigste Schritt zu sozialer Sicherheit in einer Postwachstumsökonomie (und auch schon auf dem Weg dahin) besteht also in der Kombination von Einkommen und Bedarfsorientierung durch soziale Infrastruktur.●

Der Autor ist bei der Informationsstelle Lateinamerika Bonn und seit der Gründung von Attac Deutschland im Bereich soziale Frage aktiv.

ALTERNATIVEN STÄRKEN

JENSEITS DES WACHSTUMS?!

Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise

Der Begriff der imperialen Lebensweise scheint uns aus (gegen-)hegemonietheoretischer Sicht wichtig, da damit in den Blick gerät, warum in der aktuellen multiplen Krise viele gesellschaftliche Verhältnisse relativ stabil bleiben und sich in emanzipatorischer Hinsicht »so wenig tut«, warum also die nicht zu leugnende Funktionskrise des finanzgetriebenen Kapitalismus sich bislang nicht in eine Legitimationskrise übersetzt hat.

Von Ulrich Brand & Markus Wissen, beide Universität Wien ● Bei der imperialen Lebensweise handelt es sich nicht einfach um einen von unterschiedlichen sozialen Milieus praktizierten Lebensstil, sondern um herrschaftliche Produktions-, Distributions- und Konsummuster, die tief in die Alltagspraktiken der Ober- und Mittelklassen im globalen Norden und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens eingelassen sind. Mit dem Konzept der imperialen Lebensweise, so unsere These, kann der (scheinbare) Widerspruch erklärt werden, dass es einerseits zu einer realen und gesellschaftlich breit anerkannten Zunahme der Krisenphänomene gesellschaftlicher Naturverhältnisse kommt, andererseits die gesellschaftspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Krisenphänomene aber unzureichend sind. Anders gesagt: Obwohl die ökologische Krise in jüngerer Zeit durchaus politisiert worden ist und auch im herrschenden Diskurs als Problem wahrgenommen wird, scheinen sich die ihr zugrunde liegenden Produktions- und Konsummuster – mit staatlich-politischer Unterstützung – zu verfestigen und global zu verallgemeinern.

In diesem Kontext soll das Konzept der »imperialen Lebensweise« der Mikroebene der Alltagspraktiken und des Alltagsverstands mehr Gewicht beimessen. Wichtig ist daher die Annahme, dass sich in bestimmten historischen Phasen und aufbauend auf einer Kohärenz zwischen Produktions- und Konsummustern eine hegemoniale, das heißt breit akzeptierte, institutionell abgesicherte und in den Alltagspraktiken der Menschen tief verankerte Lebensweise herausbilden kann, die mit bestimmten Vorstellungen von Fortschritt einhergeht: Computer müssen immer leistungsfähiger, Nahrungsmittel sollen billiger werden – ganz ungeachtet der sozialen und ökologischen Bedingungen, unter denen sie produziert werden.

Der Hinweis auf den hegemonialen Charakter der imperialen Lebensweise übersieht nicht, dass es ausdifferenzierte Sozialstrukturen gibt, wobei hinsichtlich der Lebensweise verschiedene Milieus identifiziert werden können. Gerade für die alternativen »postmateriellen« Milieus, die vielfach aus der Umweltbewegung entstanden sind oder ihr politisch und kulturell zumindest nahe stehen, aber auch für die konservativen Milieus sind Umweltfragen wichtig geworden. Allerdings zeigen Studien, dass Bewusstsein und Handeln in sozial-ökologischen Fragen nicht unbedingt Hand in Hand gehen. Gerade die Menschen mit hoher Bildung, relativ hohem Einkommen und hohem Umweltbewusstsein haben den höchsten Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch, während Klassen oder Milieus mit geringem Umweltbewusstsein, aber auch geringem Einkommen objektiv weniger Ressourcen verbrauchen.

Das Resultat ist die Dominanz marktförmiger Muster der Krisenbearbeitung (wie etwa des Emissionshandels), die auch von den BefürworterInnen einer weiterreichenden ökologischen Modernisierung bzw. eines Green New Deal nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Der im globalen Norden vorherrschende Krisendiskurs erkennt also die Existenz einer ökologischen Krise an, politisiert und bearbeitet sie aber auf eine Weise, dass die ihr zugrunde liegenden Produktions-und Konsummuster gerade nicht zur Disposition gestellt, sondern – nicht zuletzt durch ihre selektive ökologische Modernisierung – verstetigt werden.

Die globale Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise

»Imperial« ist die Lebensweise des globalen Nordens insofern, als sie einen prinzipiell unbegrenzten – politisch, rechtlich und/oder gewaltförmig abgesicherten – Zugriff auf Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und Senken (Kohlenstoffspeicher in Vegetation und Böden, d. Red.) andernorts voraussetzt. Die imperiale Lebensweise beinhaltet die Möglichkeit zunehmend konfliktträchtiger und gewaltförmiger internationaler Beziehungen, die dann aktualisiert wird, wenn die Inanspruchnahme menschlicher und natürlicher Ressourcen sowie von Senken durch den globalen Norden aufgrund von geopolitischen und -ökonomischen Verschiebungen infrage gestellt wird. Genau dies ist derzeit der Fall. Der Aufstieg von Ländern wie Indien und China geht einher mit einer raschen Ausbreitung fossilistischer Produktions- und Konsummuster, die den Ressourcenbedarf dieser Länder ebenso steigern wie ihren Anspruch auf die Nutzung von Senken. Das Resultat sind öko-imperiale Spannungen zwischen den Mächten des globalen Nordens und den aufstrebenden Ländern des globalen Südens.

Der zentrale Widerspruch, der mit dem Aufstieg der Schwellenländer, vor allem Indiens und Chinas, manifest wird, ist, dass sich mit den Konsum- und Produktionsmustern des globalen Nordens eine Lebensweise tendenziell verallgemeinert, die aus einer ökologischen Perspektive nicht verallgemeinerbar ist. Die imperiale Lebensweise des globalen Nordens beruht, ökologisch gesehen, auf Exklusivität. Sie setzt voraus, dass nicht alle Menschen gleichermaßen auf die Ressourcen und Senken der Erde zugreifen. Nur dann lassen sich ihre Kosten in Raum und Zeit externalisieren.

Alternativen & Wachstumskritik

Gesellschaftlich und ökologisch nachhaltige Formen der Naturaneignung und damit verbundene attraktive Produktions- und Lebensweisen entstehen eher an den Rändern der Gesellschaft, auf der lokalen Ebene und über komplexe Lernprozesse und Konflikte mit Beharrungskräften.

Die beginnende Diskussion um die konkreten Ursachen, Formen und Effekte von Wirtschaftswachstum, die Bedeutung für unterschiedliche soziale Gruppen, für den Staat und für die Handlungsfähigkeit insbesondere der Gewerkschaften, die Rolle von Weltmarkt und tief verankerten Lebensweisen, Fragen einer »Post-Wachstums«-Gesellschaft und gerechter Transformation könnten ein wichtiger Bezugspunkt werden. Auch innerhalb der bestehenden Institutionen scheint es durch die Krise und ihren vielfältigen Charakter eine vergrößerte Aufmerksamkeit dafür zu geben, was die Grundlagen von Wohlstand und Lebensqualität sind. Diese Verunsicherung könnte dazu beitragen, in eine breitere gesellschaftliche Diskussion über notwendige Transformationsprozesse einzusteigen und bestehende wie entstehende Alternativen zu stärken.●

A Sudden Sense of History

Montage: Fabian Schneider, www.counter-images.de

WAS DIE DEBATTE UM POSTWACHSTUM VON FEMINISTISCHEN PROJEKTEN LERNEN KANN

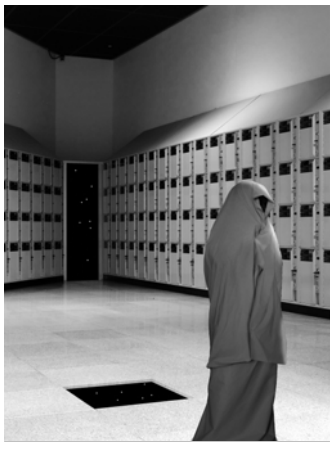
Veränderung üben

Wie müsste eine Postwachstumsgesellschaft aussehen, die gleiche Chancen für alle Geschlechter weltweit bietet? Wachstumskritik ist nicht notwendigerweise emanzipatorisch: Sie ist durchaus vereinbar mit konservativer Kritik an Konsum, der Forderung nach einem Zurück zu traditionellen Rollenbildern oder einer feudalen Ökokratie.

Von Adèle Bouvattier und Andrea Vetter, Berlin ● Deshalb ist es notwendig, Wachstumskritik auch als Herrschaftskritik in einem breiten Sinne zu denken. Unter einem feministischen Gesichtspunkt rücken insbesondere die Aspekte der Teilhabe und der Arbeit in den Mittelpunkt.

Abschied vom homo oeconomicus

Feministische WissenschaftlerInnen halten es seit Jahrzehnten für zentral, Wirtschaft als eingebettet in die Dimensionen Geschlecht und Ökologie zu denken. Dieses Wissen bietet insbesondere vor dem Hintergrund der neu entfachten Debatte um Postwachstum entscheidende Anregungen. Eine der ersten Kritiken am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – dem zentralen Messinstrument von Wirtschaftswachstum – als Wohlstandsindikator kam von feministischen Ökonominnen, die bemängelten, dass die (unbezahlte) Erziehungs- und Hausarbeit von Frauen im BIP unsichtbar gemacht wird. Große Teile feministischer Kritik gehen aber darüber hinaus: Sie machen deutlich, dass die Orientierung am »homo oeconomicus« als unabhängigem, rational denkenden Menschen stets implizit den »weißen« heterosexuellen gesunden Mann zum Vorbild hat. In einem solchen Denken geraten notwendigerweise die sozialen und ökologischen Voraussetzungen – die kostenlose Bereitstellung von Sorgearbeit durch Frauen und Rohstoffen durch die Natur – und Folgen des Wirtschaftens aus dem Blick.



Les trésors publiques

Montage: Fabian Scheidler, www.counter-images.de

Anders arbeiten

Konkrete Vorschläge zu einer geschlechtergerechteren Gesellschaft jenseits des Wachstums beziehen sich vor allem auf den Bereich der Arbeit. Eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit – beispielsweise auf 20 Stunden pro Woche für alle – wie sie Frigga Haug fordert, ist unverzichtbare Bedingung für eine solche Gesellschaft. Daneben betonen Wissenschaftlerinnen wie Gisela Notz aber auch, dass die Qualität der insgesamt geleisteten Arbeit – ob bezahlt oder nicht – stärker in den Fokus rücken muss. Arbeit ist in diesem Sinne kein Selbstzweck, sondern muss sich am gesellschaftlich Notwendigen orientieren; das bedeutet weniger rohstoff- und abfallintensive Produktion und mehr kulturelle und soziale Tätigkeiten. Weitere Überlegungen feministischer Autorinnen wie Maria Mies, Uta von Winterfeld oder Friederike Habermann beziehen sich auf die Ausweitung und Erhaltung von Subsistenzwirtschaft, das Recht auf Suffizienz oder den Ausbau von Gemeingütern.

Unabhängig von ihren Differenzen betonen alle diese Vorschläge die Notwendigkeit einer prozesshaften Veränderung des Bestehenden: Weil die existierenden Normen und Beschränkungen einer Gesellschaft das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen mitbestimmen, muss ein Wandel der Strukturen notwendig in Wechselwirkung mit persönlichen Veränderung stehen. Der Aufbau alternativer Strukturen im Kleinen – seine Nahrungsmittel über eine Food-Coop zu beziehen, Kleidung mit FreundInnen zu tauschen, statt neu zu kaufen, die Mitfahrgelegenheit zu nutzen, statt zu fliegen, und die anfallende Hausarbeit gerecht zu teilen, sind in diesem Sinne nicht die Schlüssel zu einer solidarischen Postwachstumsgesellschaft – aber sie sind ein Anfang, um die notwendige geistige Freiheit zu üben, die für den Weg dorthin immer wieder vonnöten sein wird.●

Adèle Bouvattier studiert Operngesang in Berlin und betreibt das Blog www.wachstumsruecknahme.qfs.org, Andrea Vetter ist aktiv bei Attac.

LEBENSQUALITÄT

JENSEITS DES WACHSTUMS?!

Buen Vivir als Weg in eine solidarische Postwachstumsgesellschaft?

Eine der zentralen Quellen für die Überlegungen zu einer solidarischen Postwachstumsgesellschaft liegt bei der indigenen Bevölkerung Lateinamerikas. Das »Buen Vivir«, in Quichua (indigene Sprache, d.Red.) auch »Sumak Kawsay« genannt, ist eine Kategorie der Lebensphilosophie der andinen Völker und bedeutet soviel wie »erfülltes« oder »gutes Leben«. Soziale Bewegungen brachten die Idee in die Verfassungsänderungsprozesse Ecuadors und Boliviens ein, so dass das gute Leben schließlich vor drei Jahren als zentrales Staatsziel deklariert wurde.

The Station

Montage: Fabian Scheidler, www.counter-images.de

Von Dalilah Reuben-Shemia, Berlin ● Das Konzept weist zum einen auf die Fehler und Grenzen bisheriger wachstumsbasierter Entwicklungstheorien hin, die global zu den multiplen Krisen geführt haben. Zum anderen bietet es auch die Möglichkeit, eine andere Gesellschaft zu ermöglichen, in der das Gemeinwesen und die Natur im Mittelpunkt stehen. Rechtssubjekte sind im Buen Vivir nicht nur einzelne Personen, sondern auch Gemeinschaften, indigene Nationen und die Natur. Die Natur wird auf diese Weise nicht mehr lediglich als Ressource gesehen, die gedankenlos ausgebeutet werden kann. Sie erhält vielmehr das Recht, dass ihre Existenz, ihr Erhalt und ihre Regenerierung respektiert werden.

Zentral für das Verständnis des Buen Vivir ist auch die Auffassung von Entwicklung. Weltweit herrscht heute die euro-zentristische Idee, dass eine Gesellschaft sich von einem vormodernen, unterentwickelten Zustand zu einer hoch industrialisierten Moderne entwickle, in der wirtschaftliches Wachstum als Maß des Fortschritts herangezogen werden könne. Den indigenen Weltanschauungen zufolge verlaufen gesellschaftliche Entwicklungsprozesse jedoch nicht linear, da es nicht um materielle Akkumulation, sondern um sozialen Fortschritt geht. Das Ziel einer Gesellschaft sollte also folglich die Verbesserung der Lebensqualität aller sein. Daher wird der Zugang zu Wasser, Ernährung und Lebensraum in der ecuadorianischen Verfassung als Menschenrecht anerkannt, wodurch Wasserprivatisierung verboten und Ernährungssouveränität zum strategischen Ziel des Staates erklärt wird.

Weitere Ansätze zur Verwirklichung des Buen Vivir sind strukturelle Änderungen des ökonomischen Systems, wozu etwa die Einführung gerechter Löhne gehört sowie die Anerkennung der Subsistenz-, Reproduktions- und Fürsorgearbeit als produktive Arbeit, das Schaffen von Anreizen für einen fairen Handel und die Bevorzugung von Produkten und Dienstleistungen der Solidarischen Ökonomie bei der öffentlichen Beschaffung oder eine umverteilende Steuerpolitik. Ein wichtiger Aspekt ist eine interkulturelle radikale Demokratie: Die Zivilgesellschaft und insbesondere bisher ausgegrenzte gesellschaftliche Gruppen wie die indigenen Gemeinschaften werden in politische Entscheidungen einbezogen.

Obwohl die Idee des Buen Vivir zwar theoretisch Perspektiven eröffnet, wie eine Gesellschaft solidarisch und ohne Wachstum funktionieren könnte, stellt sich dennoch die Frage, ob dies auch wirklich so realisiert wird. Trotz der scheinbaren Offenheit der neuen Verfassung wurde das Militär in Ecuador etwa durch neue Gesetze gestärkt, ohne das Volk in diese Entscheidungen einzubeziehen. Betrachtet man den Ansatz Buen Vivir jedoch als Anregung zur Weiterentwicklung, kann der Norden in diesem Bereich einiges aus dem Süden lernen.●

Die Autorin engagiert sich in der »AG Degrowth« von Attac Berlin.

INFO

Weiterlesen

Matthias Schmelzer/Alexis Passadakis: Postwachstum: Krise, ökologische Grenzen, soziale Rechte. VSA Verlag, 2011.

Dieser Attac Basistext bietet eine allgemein verständliche, grundlegende Einführung in die Thematik.

Tanja von Egan-Krieger/ Barbara Muraca u.a. (Hg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. VSA Verlag, 2011.

Aufsatzsammlung, die die Möglichkeiten einer solidarischen Postwachstumsgesellschaft als linkes Projekt – auch mit Blick auf internationale Verhältnisse – auslotet.

Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. Oekom Verlag, 2011.

Der britische Ökonom Tim Jackson hat im Auftrag der britischen Regierung den Zusammenhang von Wachstum und Wohlstand untersucht. Er kommt zum Schluss, dass eine nachhaltige Wirtschaft nur jenseits des Wachstums möglich ist.

Weiterklicken

Von der französischen Décroissance-Bewegung inspirierter Blog mit vielen erstmals ins Deutsche übersetzten Texten:
www.wachstumsrueckknahme.fqs.org

Blog zur aktuellen Entwicklung der Debatte um solidarische Postwachstumsökonomie:
www.postwachstum.net

Website der 2. internationalen Degrowth-Konferenz in Barcelona:
www.degrowth.eu

Blog gegen Wirtschaftswachstum:
www.social-innovation.org

Homepage des Attac-Kongresses »Jenseits des Wachstums?! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben« vom 20.-22. Mai 2011 in Berlin, mit ausführlichen Hintergrundinformationen und weiteren Links zum Thema:
www.jenseits-des-wachstums.de

Weiterschauen

Im Vorfeld des Kongresses »Jenseits des Wachstums?!« läuft in den Berliner Kinos Lichtblick und Moviemento vom 22. April bis zum 16. Mai 2011 die Attac-Filmreihe »Endlich Genug?!«. Neben den negativen Auswirkungen des Wachstums werden Projekte vorgestellt, die alternative Wirtschafts- und Lebensweisen erproben und zeigen, wie unsere Gesellschaft anders gestaltet werden könnte. Nach jedem Film sind ExpertInnen und AktivistInnen für Diskussionen vor Ort. Beginn jeweils 18 Uhr. Mehr Infos:
www.jenseits-des-wachstums.de

The End of Poverty, Philippe Diaz, 104 min., 2008, USA. Dokumentarfilm, der deutlich macht, dass die weltweite Armut ein Problem der ungleichen Verteilung ist.

Anzeige

attac Jenseits des Wachstums?!

Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.

Die aktuellen Krisen zeigen in aller Deutlichkeit die Grenzen des Wachstums. Können andere Formen sozialen oder nachhaltigen Wachstums ein Ausweg sein? Eine Auseinandersetzung mit neuen Konzepten des Wirtschaftens und eine Diskussion über Alternativen zur Wachstumsgesellschaft sind dringend nötig. Beim Kongress „Jenseits des Wachstums?!" werden wir kontrovers diskutieren: Wir wollen Interessenkonflikte benennen, aber auch Wege für ein gutes Leben für alle in einer Gesellschaft ohne Wachstumszwang ausloten und dazu Strategien skizzieren.

in Kooperation mit
FRIEDRICH EBERT STIFTUNG · HEINRICH BÖLL STIFTUNG · Otto Brenner Stiftung · ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Kongress // 20.-22. Mai '11 // TU Berlin
www.jenseits-des-wachstums.de

Anzeige

iz3w

#323

Ganz unten angekommen – die Islamdebatte

Außerdem: ▸ militarisiertes Somalia ▸ geteilter Sudan ▸ kolonisierte Westsahara ▸ mickrige Krankenversicherung ▸ freiwilliges weltwärts ... 52 Seiten, € 5,30 + Porto

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

GEMEINSAM WOHNEN – ABER WIE?

Erzähl-Salon in Berlin

»Die Wirklichkeit drängt mich zur Tat«, sagt Cléo Mieulet und rutscht auf ihrem Stuhl in die Lücke zwischen ihren Sitznachbarinnen. Die Übersetzerin und Schauspielerin deutsch-französischer Herkunft steht vor der Entscheidung: Möchte sie ihre jüngst verwitwete Mutter drei Mal im Jahr in einem weit entfernten Altenheim besuchen oder holt sie sie zu sich und ihren Kindern nach Berlin?

Foto: Sebastian Bertram

Von Sebastian Bertram, Berlin ● Antworten auf Fragen wie diese sucht oder hat jede/r, die/der an diesem Februarabend rund um den großen ovalen Holztisch im Salon des Berliner Unternehmens Rohnstock Biografien sitzt. »Gemeinsam wohnen – aber wie?« lautet der Titel des Erzähl-Salons, zu dem Firmeninhaberin Katrin Rohnstock gemeinsam mit Michael LaFond von der Initiative »id22: experimentcity« geladen hat. 15 »Suchende und längst Fündige« – KünstlerInnen, LehrerInnen, Architekten, StudentInnen und RentnerInnen – sind gekommen, um von ihren speziellen Vorstellungen, persönlichen Motiven und Erfahrungen zu erzählen.

Die einen nehmen aus reiner Neugier an der Runde teil, die anderen lockten ganz konkrete Wünsche. »Gemeinschaftliches Wohnen gibt Halt in der heutigen Zeit«, erzählt Rainer Stolz, der nach zehn Jahren des Alleinlebens auf der Suche nach einer neuen Wohnform ist. »Um den Zumutungen des prekären Lebens entgegenzuwirken, lege ich meine Hoffnungen in Formen gemeinsamen Wohnens und Lebens.« Deshalb wolle er Gleichgesinnte kennen lernen – zum Beispiel Anna Scheller: Die Rentnerin plant ein gemeinschaftliches Bauprojekt im Berliner Umland. »Nun möchte ich Erfahrungen von anderen sammeln, um Fehler zu vermeiden.«

Längst fündig geworden ist Tilman Weiland, der als Architekt und Feng-Shui-Berater viele »Wohn-AktivistInnen« bei der Realisierung ihrer Vorhaben begleitet. Er weiß: »Voraussetzung für das Gelingen alternativer Wohnformen ist, dass man vorher zusammenbringt, was man will und was man kann.« Ob eine Gemeinschaft dann auf lange Sicht funktioniere, hänge ganz von gemeinsamen inhaltlichen Nennern ab, so Weiland. »Die praktische Erfahrung zeigt, dass kleinere Projekte oft von größerem Erfolg gekrönt sind.«

Initiator Michael LaFond ist zufrieden mit dem ersten Stelldichein der Suchenden und Fündigen. »Die Zusammensetzung des Erzähl-Salons ist eine repräsentative Mischung«, sagt der Stadtplaner, der sich seit vielen Jahren mit selbstorganisierten Wohnprojekten beschäftigt. Seine Initiative »id22: experimentcity» kommuniziert durch Projektbörsen (EXPERIMENTDAYS), Internetdatenbanken (WOHNPORTAL) und Publikationen verschiedene Möglichkeiten für nachhaltige, partizipative Wohnprojekte, darunter Genossenschaften und Baugemeinschaften.

Zusammen mit Katrin Rohnstock – selbst erfahren im gemeinschaftlichen Wohnen – entwickelte Michael LaFond die Idee, einen Erzähl-Salon aufzubauen, der sich an alle richtet, die nicht allein in anonymer Nachbarschaft leben möchten. »Die richtige WG zu finden ist genauso schwierig wie eine Partnerschaft«, erläutert Katrin Rohnstock den Zweck der Veranstaltung. Nach zwei weiteren Terminen am 14. April und 16. Juni, die ebenfalls bei Rohnstock Biografien stattfinden, planen die beiden InitiatorInnen eine Fortsetzung der Salonreihe – abwechselnd in verschiedenen Berliner Wohnprojekten. Die genauen Orte und Zeitpunkte stehen noch nicht fest.

Das Format des Erzähl-Salons ist von Rohnstock Biografien entwickelt worden, einem Unternehmen, das sich 1998 auf das Schreiben von Autobiografien, Familien- und Firmengeschichten spezialisiert hat. Die AutorInnen verfassen jedes Buch auf der Grundlage mündlicher Erzählungen. Daher ist die Auseinandersetzung mit Alltagsgeschichten für Katrin Rohnstock und ihre MitarbeiterInnen in den vergangenen 13 Jahren zu einer Profession geworden, die sich nicht allein im Gedruckten niederschlägt: Regelmäßig kommen Menschen im »Haus der Autobiografien« zusammen, um sich gemeinsam über unterschiedliche Themen des Lebens auszutauschen. Bei Rohnstock Biografien ausgebildete Salonnière und Salonniers moderieren die Runden.

In einem Erzähl-Salon sitzen zehn bis 20 Menschen wie bei einem Klassentreffen beisammen. »Weißt Du noch ...?«, erzählt eine/r der TeilnehmerInnen ein Erlebnis, das ihr/ihm im Gedächtnis geblieben ist, weil es sie/ihn betroffen, berührt, stolz gemacht oder verletzt hat. Ein/e andere/r ergänzt oder relativiert die Schilderungen durch eine eigene Geschichte. Beim Erzählen geht es nicht darum, recht zu haben, sondern darum, subjektiv Erfahrenes weiterzugeben – nichts Ausgedachtes, nichts Aufgeblasenes. Jedem/jeder TeilnehmerIn wird die gleiche Zeit zum ungestörten Erzählen zugeteilt. Nachfragen zum Verständnis oder Austausch gibt es erst, wenn alle ihre Erfahrungen vorgetragen haben.

Der Wert eines Erzähl-Salons besteht für die TeilnehmerInnen vor allem darin, ein Ort der Begegnung zu sein. Diesen haben auch die ErzählerInnen der Runde »Gemeinsam wohnen – aber wie?« schätzen gelernt. Sie möchten alle wiederkommen. Am Ende des Abends haben sie zwar unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Schwerpunkte bei den folgenden Zusammenkünften thematisiert werden sollen: Schwierigkeiten des gemeinschaftlichen Wohnens oder doch lieber Visionen? Einen Wunsch teilen sie jedoch: Den Austausch ihrer Telefonnummern.●

Weitere Veranstaltungen der Reihe »Gemeinsam wohnen – aber wie?«:
14. April 2011 und 16. Juni 2011 (jew. 19-21 Uhr) im Salon von Rohnstock, Biografien, Schönhauser Allee 12 (Eingang Saarbrücker Str.), 10119 Berlin (U Senefelderplatz). Teilnahmegebühr: 6 Euro / erm. 3 Euro
Anmeldung unter Tel. (0 30) 47 37 23 08 oder per Mail an: info@experimentcity.net

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Anzeige

DIE ROTE HILFE
Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen die Repression

Schwerpunkt der Ausgabe 4/2010:
Zur Lage der Menschenrechte in Deutschland

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr.

Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Rote Hilfe e.V.
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel./Fax: 0431/7 51 41
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Jetzt auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Bundesverfassungsgericht kippt Hausordnungen für Flughäfen und Bahnhöfe

Im Jahr 2003 demonstrierten AntirassistInnen im Terminal-Gebäude des Frankfurter Flughafens gegen die von dort durchgeführten Abschiebungen. Die Betreiber-Firma Fraport verteilte daraufhin Hausverbote. »Für uns ist das Verteilen von Flugblättern eine Betriebsstörung«, sagte Erich Keil, der Leiter der Fraport-Unternehmenssicherheit. Schon eine einzelne Person könne ein Sicherheitsproblem auslösen. Eine klagende Aktivistin erklärte hingegen vor dem Bundesverfassungsgericht: »Solange es am Frankfurter Flughafen zu Abschiebungen und Menschenrechtsverletzungen kommt, sehe ich es als mein Recht an, dort auch zu demonstrieren.« Das Gericht entschied nun, dass die Versammlungsfreiheit für Bahnhöfe, Häfen oder kommunale Einkaufszentren gelte, wenn sich diese öffentlich genutzten Räume mehrheitlich in staatlichem Besitz befinden. Die Richter begründeten die Entscheidung für die Durchsetzung der Versammlungsfreiheit damit, dass nicht nur der Staat an die Grundrechte und ihre Umsetzung »gebunden« sei. Dies gelte auch für alle Unternehmen, die mehrheitlich in Staatsbesitz seien. Da dies bei der Fraport AG zu 52 Prozent der Fall sei (Land Hessen/Stadt Frankfurt), müsse sich auch Fraport an die Grundrechtsbindung etwa zur Versammlungsfreiheit halten und Demonstrationen auf ihrem Betriebsgelände zulassen.

OLG Schleswig: »Auf Schienen gibt es kein Demonstrationsrecht«

14.000 Euro soll die Friedensaktivistin Hanna Poddig an die DB Netz zahlen, weil sie sich im Februar 2008 in Ohrstedt/ Nordfriesland an die Bahnschienen gekettet hatte, um auf die Militärtransporte der Bahn und die sog. »Auslandseinsätze« der Bundeswehr aufmerksam zu machen. Ihr Protest richtete sich grundsätzlich gegen die Existenz der Bundeswehr, also einer Institution, die Menschen zum Töten abrichtet. Richter William verkündete die Entscheidung des Gerichts, die Aktivistin sei dem Grunde nach schadensersatzpflichtig. Juristisch von Belang war in der Auseinandersetzung vor allem die Frage, ob die Bahn als Staatsunternehmen an das Grundgesetz gebunden sei und somit die Aktion als Versammlung hätte behandeln und rechtmäßig auflösen müssen. Eine Versammlungsauflösung hat es im vorliegenden Fall nie gegeben. Für die Entscheidung des Gerichtes spielte dies jedoch keine Rolle. Die zwei Tage vorher ergangene Entscheidung aus Karlsruhe zu diesem Komplex wurde mit den Worten »Es gibt kein Demonstrationsrecht auf Schienen« beiseite gewischt. Spendenkonto für die Anwaltskosten: Nordostsee-Sparkasse, BLZ: 217 500 00 Kto-Nr. 111 026 274, Stichwort: Gleisblockade.
Mehr Infos:
www.militarismus-jetzt-stoppen.de.vu

OLG Stuttgart: Beugehaft gegen ehemalige RAFlerInnen?

Ehemalige Mitglieder aus der RAF werden im März als ZeugInnen im Stuttgarter Prozess gegen Verena Becker vorgeladen und es droht ihnen bei Aussageverweigerung Beugehaft bis zu sechs Monaten. Am 10. März müssen Günter Sonnenberg, Stefan Wisniewski, Rolf Heißler und Adelheid Schulz, am 24. März Knut Folkerts und Brigitte Mohnhaupt, am 25. März Sieglinde Hofmann, Rolf Clemens Wagner und Irmgard Möller und am 31. März Siegfried Haag erscheinen. Angeklagt ist Verena Becker wegen Mordes am damaligen Generalbundesanwalt Buback, der im April 1977 vom »Kommando Ulrike Meinhof« erschossen wurde. Buback, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, wird von Solidaritätsgruppen für die Verschärfung der Isolationshaftbedingungen und für den Tod von vier Gefangenen verantwortlich gemacht. Im Rahmen der seit 2007 laufenden Ermittlungen wurde gegen einige ehemalige Gefangene bereits Beugehaft angedroht. Gegen Rolf Heißler und Stefan Wisniewski laufen laut Medien weiter Ermittlungsverfahren. Bereits im Vorfeld hatte der Prozess einigen Wirbel in der Presse ausgelöst. Quer durch alle Zeitungen gingen Verdächtigungen, dass die RAF vom Geheimdienst geleitet worden sei. Den Ehemaligen wurde vorgeworfen, sie hätten sich ein mafiaähnliches Schweigegelübde (»Omerta«) auferlegt, welches »Schweigen bis ins Grab« bedeute. Ehemalige Gefangene aus der RAF erklärten in einem Papier, das »von Einigen, die zu unterschiedlichen Zeiten in der RAF waren« im Mai 2010 veröffentlicht wurde: »Wenn von uns niemand Aussagen gemacht hat, dann nicht, weil es darüber eine besondere 'Absprache' in der RAF gegeben hätte, sondern weil das für jeden Menschen mit politischem Bewusstsein selbstverständlich ist. Eine Sache der Würde, der Identität – der Seite, auf die wir uns gestellt haben.«
Mehr Infos: www.political-prisoners.net

Dresden: Innenminister erlaubt Gas-Granaten-Werfer

Pünktlich zur großen Blockade in Dresden jubelte die BILD: »Innenminister hat es gestattet! Zum ersten Mal dürfen die Elitepolizisten Pfefferkugeln auf Chaoten feuern!« Gemeint ist eine Dienstanweisung des Ministers Ulbig (CDU) an seine SEKs. Diesen wird gestattet, mit Reizgasgeschossen aus einer Waffe namens »Pepperball« auf DemonstrantInnen zu schießen. Bei »Pepperball« handelt es sich um rote Kapseln aus einem dünnen Kunststoff, die am Körper zerspringen und Pfefferstaub freisetzen. Wie bei allen angeblichen »non-lethal-weapons« wird von Herstellerseite, wie von nutzenden Organen immer deren »Ungefährlichkeit« beteuert. Doch vor allem durch eine gehäufte (weil als »niedrigschwellig« empfundene) Anwendung, steigt auch die Zahl der schweren Opfer und Todesfälle. Auf der Webseite des Herstellers findet sich ein Werbe-Video für ihre Waffen, in dem unter anderem Bilder von der versuchten Niederschlagung der Proteste von Seattle 1999 gezeigt werden.
www.pepperball.com/mil/applications.html.

Repression in Belarus geht unverändert weiter

Auch nach den Präsidentschaftswahlen im Dezember hat sich die innenpolitische Situation in Belarus nicht entspannt. Im Februar wurden mehrere Konzerte, deren VeranstalterInnen und Publikum aus oppositionellen/ anarchistischen Kreisen kommen, unterbunden. Am 5. Februar 2011 wurde in Soligorsk ebenfalls ein Konzert verboten. Doch dort wurden KonzertbesucherInnen »nur« aufgelöst. Anders am 11. Februar 2011: dort fand in Baranawitschy (ca. 100 km südwestlich von Minsk) ein Konzert statt, bei welchem die Polizei das Konzert stürmte, die 50-60 Leute festnahm, sie zur Polizeistation brachte, sie fotografierte und deren Fingerabdrücke nahm. Am 12. Februar fand in Minsk eine »Food Not Bombs«-Aktion statt. Diese sieht für gewöhnlich so aus, dass AktivistInnen Essen kochen und öffentlich-kostenlos verteilen. Diese Aktion wird meistens von der Polizei mehr oder weniger ruppig beendet. Die Einsatzkräfte umzingelten die AktivistInnen, filmten sie ab und nahmen die Daten von allen anwesenden Personen auf. Aus Minsk sind seit Winter 2010 immer noch fünf AnarchistInnen inhaftiert, ein Aktivist ist untergetaucht. Über den Verbleib der anarchistischen Gefangenen aus Babrusk liegen den Soligruppen immer noch keine Informationen vor. Bekannt ist nur, dass diesen Personen die Mitgliedschaft in einer »anarchistischen Terrorgruppe« angelastet wird. Dieser Vorwurf dient dazu, die andauernde Inhaftierung zu rechtfertigen, denn gleichzeitig werden sie vom weißrussischen Staat als »unpolitisch« und »Randalierer« dargestellt, um den politischen Charakter der Repression zu vertuschen. Den Betroffenen drohen bis zu sieben Jahre Haft.
Mehr Infos: http://a3yo.noblogs.org

Hauke Thoroe

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Fukushima. So ist Kapitalismus

Atombombentest auf dem pazifischen Bikini-Atoll, 24.07.1946 Foto: US NAVY / Wikicommons

... ihre Arbeitskraft, weil sie über die Produktionsmittel verfügen, die Maschinen, Fabriken, Rohstoffe, das Land. Kaufen und Verkaufen, das Geld, der Markt, bilden ihren Zusammenhang. Markt und Kapital sind zwei Aspekte eines Systems, der Markt ist die Sphäre, auf dem das Kapital seinen Profit einheimst durch redlichen Verkauf und die Objekte seiner Ausbeutung ohne Aufhebens aneignen kann durch unschuldigen Kauf: Naturstoff und Menschenstoff, Metalle, Energie, Land und Arbeitskraft.

Der Staat garantiert, dass sich daran nichts ändert: durch so genannte Sozialleistungen, damit die Lohnabhängigen sich in ihr Schicksal ergeben und es zeitweise sogar passabel finden können, durch den periodischen Einsatz von Polizei und Militär, wenn Menschen aufstehen, durch eine allseitig wachsende Kontrolle, um Unruhe, Widerstand und Alternativen möglichst im Keim zu ersticken, wenn der Staat sie nicht in seinen Apparat einbinden kann. Der Staat ist freilich nicht nur Polizei, Militär, Justiz und Regierung, sondern im Weiteren das ganze Konglomerat aus Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, Wirtschaftsverbänden, Zeitungen, Fernsehsendern, Vereinen, NGOs, Parteien und all den anderen Organisationen des Status quo, deren Aufgabe darin besteht, eine Abschaffung des Kapitalismus zu verhindern, mit Angst und Anreiz.

Eine Leidensgeschichte

Die Verheerung steckt diesem sozialen Verhältnis namens Kapital von Anbeginn in den Gliedern. Ihre Elemente sind: die Vetreibung der Bäuerinnen und Bauern von ihrem Land, in Westeuropa seit der beginnenden Neuzeit, in den staatskapitalistischen Staaten des so genannten Realsozialismus in einer nachholenden Modernisierung, die abermals Millionen das Leben gekostet hat; ihre zwangsweise Umsiedlung und Enteignung in den ehemaligen Kolonien nach der formellen Unabhängigkeit; der für Millionen tödliche Abtransport ganzer Ernten für den Konsum der entstehenden ArbeiterInnenklassen; die massenhafte Versklavung von Afrikanerinnen und Afrikanern; die verschärfte Unterordnung der Frauen durch die von den Männern betriebene Auslöschung ihrer Freiheitsspielräume, Wissensbestände, Machtpositionen; die Ausraubung der Kolonien, rassistische Brandmarkung ihrer BewohnerInnen und ihre staatliche Zurichtung für die Bedürfnisse des Kapitals; die gezielte Vernichtung des Handwerks in Europa und den Kolonien; die Einpressung von Menschen in die Armee, die Arbeitshäuser, Gefängnisse, Psychiatrien, Schulen, Planstädte; die Ausradierung derer, die sich partout nicht einfügen wollten oder konnten, jener, die aufbegehrten und etwas anderes, eine menschliche Gesellschaft des Teilens und der Gemeinschaft begannen.

Die Verheerung setzt sich fort, überall dort, wo sich das Kapital festsetzt: in seinen ständigen Krisen, aber auch in den Phasen der Prosperität, die nur die Gewalt der nächsten Krise erhöhen und einem Teil der Lohnabhängigen einen trügerischen Wohlstand des Warenkonsums erschließen, der für den Mangel an Selbstbestimmung entschädigen soll und sie für ihre Dienste an der kapitalistischen Ordnung bezahlt. In der Verelendung derjenigen, die das Kapital in großen Wellen in die Slums, Sweatshops und Fabriken spült. In den Kriegen und Vernichtungsfeldzügen, die das Kapital und sein Staat führen. Mal kühl berechnend wie im neoliberalen Putsch 1973 gegen Allende in Chile, das andere Mal an der Grenze zum Wahnwitz wie in der Madman-Taktik von Richard Nixon gegen Ende des Vietnamkriegs oder in den Stellungen des Ersten Weltkriegs, als Massen von Menschen mit der Aussicht auf den Tod unentwegt gegeneinander in das Niemandsland der Minen und Granaten rannten. Und schließlich in der Zone des blanken Wahnsinns wie in Nazideutschland gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, als man der Ermordung der Jüdinnen und Juden selbst noch die Rationalität der Kriegsführung unterordnete.

Die globale Katastrophe, die das Kapital bedeutet, ist noch gar nicht in ganzem Ausmaß sichtbar. Denn vieles, was die meisten Zeitgenossinnen und Zeitgenossen dem Kapital an »Fortschritt« und »Segen« andichten wollen, hat eine tödliche Hinterlassenschaft, die ihr wahres Gesicht erst in den kommenden Jahren, Jahrzehnten und Jahrhunderten zeigen wird: Klimawandel, Atommüll, Gifte, gentechnisch veränderte Organismen, ausgeräumte Landschaften, tote Meeresgebiete und eine Infrastruktur mitsamt den daran gebundenen Produktionsabläufen, menschlichen Leidenschaften und Institutionen, die samt und sonders abhängen von einem lebensbedrohlichen Energiesystem. Dieses Energiesystem muss zwar ohnehin in absehbarer Zeit an purem Ressourcenmangel eingehen, und dazu gehört auch die Atomkraft, kann uns aber bis dahin und darüber hinaus das Leben auf Erden noch zur unausweichlichen Hölle machen – wenn wir es nicht abschalten.

Von Hiroshima nach Fukushima

Japan setzte auf den Ausbau der Atomkraft nicht zuletzt, weil das Land eine kapitalistische Modernisierung durchlief, jedoch keine dafür ausreichenden Möglichkeiten der Energieproduktion auf seinem Territorium hat. Am Beginn des Zweiten Weltkriegs drohte Japan der Boykott durch die USA. Es fürchtete vor allem, von den Erdöllieferungen abgeschnitten zu werden, die schon damals die Grundlage des expandierenden Systems von Kapital, Markt und Staat waren. Japan antwortete mit einer brutalen Strategie der imperialistischen Expansion. Am Ende, nach den unsagbaren Leiden des Weltkriegs, stand der Einsatz der Atomenergie durch die USA – zum Zwecke der bloßen Vernichtung, bar selbst der abstrusen Todeslogik militärischer Notwendigkeit, der bis heute mit den Namen Hiroshima und Nagasaki verbunden ist. Und dies war zugleich ein Beginn, nämlich des Aufbaus einer zivilen Atomindustrie, der mit großer Verzögerung, dafür umso stärkerer Vehemenz, seit den 1980er Jahren in die Gänge kam und das japanische Kapital und die daran gebundene Lebensweise der Lohnabhängigen mit immer mehr Energie versorgte.

Was mit Hiroshima begann, endet jedoch nicht notwendigerweise mit Fukushima. Während das Leiden, das unerträglich ist, gerade weil es von Menschen selbst verursacht worden ist, ins Auge springt, einen die Hände ringen lässt, fassungslos macht, macht noch fassungsloser und ist noch unerträglicher ein Faktum, das vielen gleichwohl noch nicht ins Auge springt: dass Fukushima nämlich nur ein Bild sein wird für eine Landschaft des Schreckens und der Verwüstung, die das Kapital für uns bereit hält, wenn wir es nicht beseitigen. Das Fukushima im Nordosten von Honshu in Japan wird gefolgt vom Kohle-Fukushima, das den Klimawandel noch weiter verschärft, von den Verfechtern des Systems jedoch bereits eilfertig als »saubere Alternative« zur Atomkraft angepriesen wird. Es wird bereits begleitet vom Biomasse-Fukushima, das in einer globalen Landnahme schwer vorstellbaren Ausmaßes eine Unzahl von Menschen ihrer Lebensgrundlagen beraubt – für die Verfechter des Systems jedoch »endlose grüne Energie« bereit hält. Und es zeichnet sich ein Rohstoff-Fukushima ab, das der Aufbau erneuerbarer Energiesysteme bedeuten würde, die nach der Meinung vieler Verfechter den überbordenden Energiehunger des Kapitals speisen sollen: Ausbeutung der Erde bis zum letzten Gramm Metall, Zerstörung der Lebensbedingungen bis zum letzten Refugium, Vernichtung der Alternativen bis zur völligen Gedankenleere. Die Katastrophe, die das Kapital bedeutet, wird zur medialen Endlosschleife, der das Publikum ebenso entsetzt wie apathisch zunickt.

Fukushima ist überall. Fukushima ist der Kapitalismus.

Eine Alternative macht Schluss mit Kapital, Markt und Staat. Sie erschließt und entfaltet die Welt des Teilens und der Gemeinschaft – die Grundlage menschlicher Gesellschaft, solange sie existieren wird. Und sie wird nur dann auf Dauer in gutem Leben existieren können, wenn diese Welt des Teilens und der Gemeinschaft die Oberhand gewinnt. Dies muss rasch geschehen.●

Dieser Beitrag erschien zuerst in Streifzüge Nr. 51/2011
www.streifzuege.org

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

BÜRGERBETEILIGUNG, WOLFHAGEN

Ein gallisches Dorf in Hessen

Wolfhagener befürworten genossenschaftliches Pilotprojekt

Die Demokratisierung der Energieversorgung, die Teilhabe an der regionalen Wertschöpfung, das Vorantreiben der lokalen Energiewende und der konkreten Gestaltung einer lokalen Klimapolitik für Wolfhagen und die Region sind die zentralen Themen, mit denen die nordhessische Kommune Wolfhagen Energiegeschichte schreibt. Über 300 Bürgerinnen und Bürger sowie Stadtwerke-Kunden von außerhalb kamen zu der Informationsveranstaltung zur Gründung der BürgerEnergie-Genossenschaft Wolfhagen eG am 16. März. Viele informierten sich nicht nur über diesen in Deutschland bislang einmaligen Weg. Mehr als 150 wollen sofort von Anfang dabei sein. Sie trugen sich noch während der Veranstaltung in den ausliegenden Listen ein.

Von Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Bereits heute sind die Stadtwerke Wolfhagen mit ihrer nachhaltigen Energieversorgung Vorbild für viele andere Kommunen. Erster Schritt war der konfliktreiche Rückkauf des Energienetzes von E.ON. Zweiter Schritt war die Auswahl für die Modellprojektförderung beim Programm 100%-Erneuerbare-Energie-Regionen in Deutschland. In einem dritten Schritt sollen diese Möglichkeiten durch die Einbindung der Bürger weiter ausgebaut werden: Wolfhagen begibt sich mit seinen Stadtwerken aktuell auf dem Weg zur Gründung einer Energiegenossenschaft. Die Stadt strebt eine Bürgerbeteiligung an ihren Stadtwerken an und sieht darin »einen Schritt von historischer Bedeutung für die lokale Energiewende von unten«.

Kunden als Mitgestalter

Die Kunden von heute werden zum Miteigentümer und Mitgestalter von morgen: »Bei der geplanten Bürger-Energie-Genossenschaft in Wolfhagen handelt es sich keinesfalls um einen Handstreich«, betont Bürgermeister Reinhard Schaake. Vielmehr gehe es darum, die Möglichkeit für die Bürger zu schaffen, sich an der Entwicklung ihrer Stadtwerke zu beteiligen. Hintergrund für diese Diskussion: Die Stadtverordnetenversammlung beschloss in ihrer jüngsten Sitzung zum Thema Energiegenossenschaft, »dass Verwaltung und Stadtwerke bis zum 2. Mai 2011 ein beratungsfähiges Konzept vorlegen«. Hierüber können dann die mit der Kommunalwahl neu besetzten Gremien beraten und entscheiden.

Bürgermeister Reinhard Schaake ist von diesem konsequenten Schritt, eine umweltfreundliche Energieversorgung aus regenerativen Quellen in Verbindung mit der entsprechenden Wertschöpfung vor Ort aufzubauen, ebenso überzeugt wie die Stadtverordneten. »Schon heute ist unser kommunales Stadtwerk kein von Ferne agierendes Versorgungsunternehmen, dessen Gewinne in andere Regionen oder an Aktienbesitzer abfließen. Mit der Beteiligung unserer BürgerEnergie-Genossenschaft an den Stadtwerken machen wir unseren Energieversorger noch stärker zu einem transparenten, dem Bürger dienenden Unternehmen mit örtlicher Verbundenheit und lokaler Kontrolle.«

Beteiligungsoffene Politik

Dabei soll, so Bürgermeister Schaake, »keine Privatisierung stattfinden, bei der sich wie so oft Wenige mit hohen Anteilen einkaufen und sich ihre Vorteile sichern.« Bisher stehen im Raum eine Mindestbeteiligung von 500 Euro und eine Höchstbeteiligung von 10.000 Euro. Um gemeinsam mit den Bürgern die Vision einer ökologischen und zukunftsweisenden Energiewirtschaft zu verwirklichen, soll sich die »Bürger-Energie-Genossenschaft Wolfhagen eG« nach ersten Vorstellungen mit 25% an der Stadtwerke Wolfhagen GmbH, einem Tochterunternehmen der Kommune, beteiligen und einen Vertreter in deren Aufsichtsrat entsenden.

Die Genossenschaft ist mehr als nur die Beteiligung am Windpark, so Stadtwerkegeschäftsführer Martin Rühl: »Sie ist die dauerhafte Demokratisierung der lokalen Energieversorgung«. Zur Finanzierung eines geplanten Windparks, gegen die sich eine Bürgerinitiative gegründet hat, werde das Geld der Genossenschaftsmitglieder nicht benötigt, betonte Rühl. Die Finanzierung der Anlagen wäre auch so machbar. Vielmehr wollen die Stadtwerke die Bürger mit ins Boot holen. Rühl: »Ich möchte, dass die Windräder nicht fernen Investoren gehören, sondern den Wolfhagern, damit entsteht eine Identifikation mit der lokalen Energieversorgung.«

Für eine sichere, atomstromfreie, ökologische und preisgünstige Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung auf Grundlage effizienter und regenerativer Energiequellen wird die Genossenschaft Förderprojekte erarbeiten. Mitglieder können dann über die Gelder eines Energiesparfonds finanzielle Unterstützung erfahren. Darüber hinaus klärt sie über den sparsamen Umgang mit Energie und Wasser auf. Um eine nachhaltige Energieversorgung zu sichern und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz zu entwickeln und zu unterstützen, steht die Beteiligung an der Stadtwerke Wolfhagen GmbH im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit. Durch den Energiesparfond erfährt sie aber eine zusätzliche innovative und förderwirtschaftliche Ausprägung.

Förderauftrag Energieeffizienz

Zu den bisherigen Überlegungen gehört, dass die Erträge aus der Beteiligung nach oben bei sechs Prozent gedeckelt sind. Zusätzlich mögliche Gewinne fließen in den erwähnten Energiesparfonds, über den dann ausgewählte Energiesparmaßnahmen der Genossenschaftsmitglieder bezuschusst werden. Das Besondere an dem Projekt ist zum einen die politische Einmütigkeit zwischen dem Oberbürgermeister, der Stadtverordnetenversammlung – nur eine Gegenstimme gegen die Verfolgung des Projekts – und dem Geschäftsführer der Stadtwerke. Ohne das übliche Parteiengeplänkel wird hier konsequente Bürgerbeteiligung auf den Weg gebracht. Hinzu kommt: Die Umsetzung beschränkt sich weder auf eine rein finanzielle Beteiligung noch auf die übliche unverbindliche Mitsprache ohne gesellschaftsrechtliche Grundlagen. Ein Beispiel, dass vielleicht bei anderen energieverantwortlichen Kommunen Schule machen wird.●

DER EIGENVERBRAUCH NACH EEG IN ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

1. Fachtagung »Energiewende jetzt«, 12. Mai 2011 in Mainz

Den erzeugten Solarstrom selbst nutzen. Das kann für Energiegenossenschaften eine lukrative Lösung sein. Man spart die Stromkosten und der Eigenverbrauch wird durch das EEG vergütet. Auf der 1. Fachtagung »Energiewende jetzt« »Solarstrom wirtschaftlich selbst nutzen am 12. Mai 2011 in Mainz wird das Thema Eigenverbrauch in Referaten und Diskussionen genau beleuchtet. Wann lohnt sich der Eigenverbrauch? Welche Hürden und Probleme gilt es zu überwinden? Wie ist das Ganze politisch zu bewerten? Welche Konzepte gibt es, um den Eigenverbrauch zu realisieren? Welche praktischen Erfahrungen bei der Umsetzung in Energiegenossenschaften liegen vor?

Veranstalter der Tagung am 12. Mai 2011 in Mainz von 10-16.30 Uhr sind die innova eG und die Evangelische Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft, unterstützt durch das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz. Der Teilnahmebeitrag incl. Mittagsimbiss und Tagungsgetränke beträgt 35 Euro.

Anmeldung:
Ev. Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft, Dietmar Freiherr von Blittersdorff, Tel.: (0 63 41) 98 58 16, Fax: 98 58 25, E-Mail: info@energiegenossenschaften-gruenden.de, www.energiegenossenschaften-gruenden.de.

ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Aktiv für die Energiewende

Projektentwickler für Energiegenossenschaften

Ende Januar 2011 haben 25 Projektentwickler für Energiegenossenschaften eine viermonatige Weiterbildung beendet. Hochmotiviert, gut vernetzt engagieren sie sich für die regionale Energiewende und machen die Genossenschaft zu ihrem Ding. Nachfolgende Beispiele veranschaulichen ihr Engagement.

Von Rainer Lange, Red. Genossenschaften ● »Energiegenossenschaften sind das perfekte Vehikel für einen Strukturwandel zur dezentralen Energiewirtschaft, denn sie sind überall dort verfügbar, wo sie gebraucht werden«, sagt Kaj Mertens-Stickel. »Wir müssen alle Kräfte bündeln, jetzt wo den Erneuerbaren laufend neue Steine in den Weg gelegt werden.« Dafür sieht sie Netzwerke als sehr wichtig an, wie sie durch die Weiterbildung zur ProjektentwicklerIn geknüpft werden. Seit Anfang Februar 2011 engagiert sich Kaj Mertens-Stickel als Vorstand in der Solar-Bürger-Genossenschaft, die ihren Sitz nach Freiburg verlegt hat. »Dort kann ich die ganze Bandbreite des Gelernten anwenden, Geschäftsplanung, Marketing, Projektentwicklung und vieles mehr.
Kontakt:
Kaj Mertens-Stickel, Solar-Bürger-Genossenschaft eG, Tel. (07 61) 40 73 61, E-Mail: info@solargeno.de, www.solargeno.de

Europäische Energiegenossenschaft

»Die Weiterbildung hat mich beflügelt«, betont Michael Linder aus Wörth am Rhein. Lange Jahre schon ist er dort in der Agendagruppe aktiv. Nun wurde er frisch gewählter Aufsichtsrat der Solar-Bürger-Genossenschaft eG in Freiburg und will in Wörth eine Regionalgruppe der Solarbürger aufbauen. Mit möglichen Vermietern von Dächern führt er bereits Gespräche. Außerdem arbeitet er an einer längerfristigen Vision: Die

Die zweite Qualifizierung zum Projektentwickler für Energiegenossenschaften konnten 25 TeilnehmerInnen erfolgreich abschließen.

Gründung einer Europäischen Energiegenossenschaft. Was ihn motiviert? »Ich werde Opa und will meinen Enkeln eine gute Umwelt übergeben«.
Kontakt:
Michael Linder, E-Mail: linder-michael@web.de, info@solargeno.de

Wer ist wo dran? Wer verfolgt welche Ideen? Ein breiteres Netzwerk beabsichtigt Klaus Jaxtheimer mit der Weiterbildung zu knüpfen. »Die vier Monate haben sich dafür gelohnt«. Jaxtheimer will Erneuerbare Energien in der Gesellschaft etablieren.« Beruflich tut er dies mit seiner Firma, die sich auf die Finanzierung von Projekten im Bereich Erneuerbarer Energien spezialisiert hat. Im Juni 2010 gründete er die Friedrich-Wilhelm Raiffeisen ENERGIE eG Untermain mit. Derzeit schiebt die Genossenschaft ihr erstes Projekt an, die Beteiligung an einer 700KWp-Photovoltaikanlage im Bayernhafen in Aschaffenburg.
Kontakt:
Friedrich-Wilhelm Raiffeisen ENERGIE eG Untermain, Tel.: (0 93 74) 97 01 77, E-Mail: info@energiegenossenschaft-untermain.de, www.energiegenossenschaft-untermain.de

Projekte unter einem Dach

»Die Idee der Genossenschaft hat für mich gepasst«, erläutert Zeljko Brkic, der in Trier Geschäftsführer der Lokalen Agenda 21 ist. Vier Bürgersolarkraftwerke hat er schon als GbR auf den Weg gebracht. »Mit einer Genossenschaft lassen sich Projekte unter einem Dach bündeln«, bringt Brkic die Möglichkeiten auf den Punkt. Noch im ersten Halbjahr 2011 will er eine Energiegenossenschaft gründen. Die Weiterbildung zum Projektentwickler war dafür »hilfreich, lehrreich, eine gute Zusammenarbeit.«
Kontakt:
Zeljko Brkic, Tel.: (06 51) 991 77 54, E-Mail: brkic@la21-trier.de, www.la21-trier.de

Westerwälder Zukunfts-eG

Er ist Netzwerker seit 25 Jahren, schildert Peter Müller seinen Hintergrund. Im Westerwälder Initiativen- und Betriebe-Netz e.V. (WIBeN) leitet er die Geschäftsstelle. »Wie ich eine Genossenschaft gründe, stand bei mir im Vordergrund der Weiterbildung«, betont Müller seine Motivation. Die Regionalentwicklung stellt sein Thema dar, eine Westerwälder Zukunfts-eG die Idee, bei der Energie ein Schlüsselthema einnehmen wird. Außerdem ist er »fest entschlossen«, die Qualifikation beruflich zu nutzen. Den Anfang hat er mit einem Kollegen mit einer Präsentation auf dem Solargipfel bei Wagner-Solar gemacht. »14 ernst gemeinte Anfragen zur Gründung von Genossenschaften habe ich da bekommen.« Sein Resümee der Weiterbildung: »Eine hervorragende Stimmung, ein sehr gutes Lernklima und meisterliche Studienleiter.«
Kontakt:
Peter Müller, Tel.: (0 26 81) 30 62,
E-Mail: pm@pmc57.de

Für weitere Informationen zur Weiterbildung »Projektentwickler für Energiegenossenschaften«, für den Kontakt zu Projektentwicklern und Energiegenossenschaften wenden Sie sich bitte an:
Mail: info@energiegenossenschaften-gruenden.de, www.energiegenossenschaften-gruenden.de●

Was sie reden, was sie tun

Die Grünen waren bis zur Landtagswahl in Hamburg in aller Munde: Im Wahljahr 2011 treten sie bei insgesamt sieben Landtagswahlen an und könnten in Baden-Württemberg den ersten Ministerpräsidenten sowie in Berlin die erste Regierende Bürgermeisterin stellen. Stehen die Grünen vor ihrem großen Comeback als Hoffnungsträger?
Eine Antwort auf diese Frage gibt Jutta Ditfurth, die im Herbst 60 Jahre alt wird, in ihrem neuen Buch nicht. Ihre These ist, die Grünen seien nur noch eine Partei wie jede andere, hätten sie doch seinerzeit für den Jugoslawien-Krieg, für Hartz IV und die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke gestimmt. Ihr Unterscheidungskriterium im Parteienwettbewerb sei es, dass sie den WählerInnen am besten weismachen könnten, »anders« zu sein. Eine Botschaft, die die ökonomisch durchweg gut gestellten WählerInnen der grünen Partei gerne glauben.

Jutta Ditfurth war selbst prominente Mitbegründerin der Grünen und zeitweise eine der BundessprecherInnen. 1991 trat sie schließlich aus. Seitdem hat sie in mehreren Büchern dargelegt, wie eine relativ kleine Gruppe von Grünen die Partei gezielt auf einen realpolitischen Kurs brachte, was unter anderem dazu führte, dass Anfang der neunziger Jahre ein Viertel der Mitglieder austrat. Die danach neu eingetretenen Mitglieder kennen die sozialen Bewegungen und Kämpfe der 1970er und 1980er Jahre nicht mehr aus eigenem Erleben. Für sie sind die Grünen eine Partei, die, wie sie selbst, die NATO, die soziale Marktwirtschaft und Wachstum akzeptiert hat. In Wirklichkeit verschärften die Grünen, so Ditfurth, gefesselt von Kapitalinteressen und Sachzwängen des Machterhalts, in Aufsichtsräten, Regierungen und Parlamenten die Ausbeutung von Mensch und Natur. Als rot-grüne Regierungspartei seien sie konservativ, mitunter reaktionär geworden – lediglich auf der Straße geben sie manchmal noch die Opposition. Ditfurth schildert dies – und dieser Abschnitt ist der stärkste des Buches – am Beispiel der baden-württembergischen Grünen und ihrer auf Befriedung abstellenden Rolle im Protest gegen Stuttgart 21 und der nachfolgenden Schlichtung. Kein Thema – und das ist verwunderlich – spielt in dem Buch die grüne Haushalts- und Steuerpolitik, ließen sich doch auch hier viele Beispiele für den Wandel der Grünen finden.

Das Wachstum der grünen Partei kann Ditfurth aber nicht wirklich schlüssig herleiten, denn allein der »Verrat« der Realos erklärt nicht die andauernde Attraktivität der Partei. Kam die Anpassung nicht auch »von unten«, aus dem tagtäglichen Kleinklein der kommunalen Abgeordneten? Ditfurth hat aber recht damit, dass die sozialen Bewegungen der 1970er Jahre alle ihre Erfolge ohne eine direkte parlamentarische Vertretung erzielt haben. Aber die 1970er Jahre, die Zeit, in der Ditfurth politisch sozialisiert wurde, sind lange her. Fraglich bleibt, was diese historische Erfahrung den heute politisch Engagierten noch sagen kann.●

Bernd Hüttner

Jutta Ditfurth: Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen, Rotbuch Verlag, 288 S., 14,95 EUR

Regionale Ökonomie?

Immer mehr AutorInnen sehen in einer Regionalisierung des Wirtschaftens einen Zukunftsweg. In dem Band *»Globale Krise – Regionale Nachhaltigkeit«* skizziert der Politikwissenschaftler Ulrich Band einmal mehr den Zusammenhang sich überlagernder Krisenphänomene – er spricht von »multipler Krise« – und stellt der »dominanten Krisendeutung« von der Konjunkturkrise eine alternative Deutung entgegen, der gemäß die gegenwärtige Konfliktlage »Ausdruck der offenbar mit den bestehenden Instrumenten nicht mehr bearbeitbaren Widersprüche des neoliberal-imperialen und globalisierten Kapitalismus« darstellt (S. 13). Es gehe um »tief in den Gesellschaften verankerte Produktions- und Lebensweisen, die sozial spaltend und Natur zerstörend sind« (ebd). Brand fordert eine »neue, progressive Transformation quer durch die Gesellschaft« (S. 24), die insbesondere auch dem »Staatspersonal selbst plausibel sein« müsse (S. 24). Die entscheidende Frage für progressive Politik sei die Herausbildung einer neuen Produktions- und Lebensweise, »die nachhaltig, solidarisch und demokratisch ist« (ebd.). Der Autor spricht von einem »neuen Protektionismus«, der »zentrale gesellschaftliche Bereiche wie Ernährung, soziale Sicherheit und öffentliche Güter vor den Finanzmärkten und den damit verbundenen Interessen schützt« (ebd.).

Die Frage »Systemfehler oder Akteursversagen?« beantwortet Damel Deimling in der Folge dahingehend, dass das System den Akteuren falsche Anreize setze. Die Aufblähung des Finanzmarkts führe zur Kluft zwischen »realem und illusorischem Vermögen« (S. 47), die darauf folgenden Krisen seien nichts anderes als »Wertberichtigung«, jedoch mit dramatischen Folgen für die Gesellschaften. »Mit der Gier ist also das Streben der Banken nach absurd hohen Renditen gemeint, die sich folgerichtig im Vergütungssystem der Banker widerspiegeln.« (S. 47)

Stellvertretend für die weiteren Beiträge sei hier noch auf die Ausführungen des Herausgebers Ulf Hahne eingegangen, der ein Positivszenario einer regionalisierten Ökonomie entwickelt. Regionen sind für ihn »Laboratorien für Zukunftslösungen« im Sinne von nachhaltigem Wirtschaften und Leben (S. 71). Mobile Standortfaktoren wie Arbeitskosten oder Kreativpotenzial würden die gegenwärtig übliche Standorthierarchie bestimmen (»World-City-Hypothese« von Sassia Sassen und Paul Friedman; Konzept der »kreativen Klasse« von Paul Florida). Der Erfolg der Regionen außerhalb der Agglomerationszentren beruht nach Hahne hingegen auf »der Ausprägung immobiler Standortfaktoren«. Dazu zählt er nicht nur das lokale Sachkapital und die »Sesshaftigkeit von Arbeitskräften wie familiengeführten Unternehmen, sondern auch die natürlichen Voraussetzungen, die institutionellen Regeln, die ethischen und kulturellen Gepflogenheiten der Region« (S. 70). Als Zukunftsfelder für Regionalisierung beschreibt Hahne »regionale Energieeffizienz« in der postfossilen Ära (einschließlich der »Rekommunalisierung der Energieversorgung«), »regionale Wertschöpfungsketten« (z. B. Produktionsnetzwerke) sowie schließlich regionale Wohlstandskonzepte«, die neben regionaler Kaufkraftbindung auch »regionale Atmosphäre« (Erscheinungsbild von Städten und Regionen), »Kontaktspielräume und Subsistenz« sowie »regionale Selbststeuerung« enthalten. Im Sinne von »Governance« als »Koordination kollektiven Handelns zwischen Politik und Bürgern, Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft« seien auf regionaler Ebene Partizipationsprozesse möglich, die Akteure zusammenführen – Vorgänge, die freilich der Moderation bedürfen. Hahne ist überzeugt, dass von Regionen »Systeminnovationen« ausgehen können, »welche die Dimensionen des materiellen (...), die Dimensionen der Kontakt- und Kooperationsspielräume sowie die Dimension von Entscheidungsspielräumen und Governance umfassen« (S. 87).

Weitere Beiträge des Bandes thematisieren »Siedlungsstrukturen und regionale Energieversorgung«, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf lokale Nachhaltigkeitsstrukturen, die Möglichkeiten »sozialer Stadtentwicklung« sowie »problematische Territorialisierungen« anhand ethnischkultureller Grenzen.

Noch sind die Konturen der sich abzeichnenden Regionalökonomien unklar, doch liegt in ihnen, so auch die Überzeugung des Rezensenten, ein Steuerungspotenzial für ein neues Verständnis von Wohlstand.●

Hans Holzinger
Aus: pro Zukunft 4.2010

Ulf Hahne (Hg): Globale Krise – Regionale Nachhaltigkeit – Handlungsoptionen zukunftsorientierter Stadt- und Regionalentwicklung. Detmold: Rohn, 2010. 220 S., 29 EUR

Vorab: Bakunin ist da

Er hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht: Wolfgang Eckhardt und sein Projekt »Michael Bakunin, Ausgewählte Schriften in 12 Bänden«. Ein wahrer Herkulesakt. Ist doch der letzte maßgebliche Versuch inzwischen 80 Jahre her, und das auch nur zu einem Bruchteil. Wolfgang Eckhardt legte 1995 den ersten Band seiner Edition im Berliner Karin Kramer Verlag vor, jetzt ist die halbe Wegstrecke erreicht. Band 6 ist in zwei Teilbänden rausgekommen, die den gesamten Kraftakt dieser Edition symbolisieren.

Der Russe Michael Bakunin (1814-1876) gehört sicher zu den schillerndsten Figuren der anarchistischen Bewegung in Europa. Sein Einfluss auf die sich organisierende ArbeiterInnenbewegung des 19. Jahrhunderts ist enorm. Bakunin war nicht nur jemand, der Schriften verfasste, sondern sich auch an diversen Aufständen aktiv beteiligte. Seine Schriften sind in Europa verteilt und vielsprachig. Ebenso vielsprachig ist die bisher wohl umfangreichste Werkausgabe, die von Arthur Lehning in den 1960ern bis 80ern in 8 Bänden veranstaltet wurde. Er nannte sie »Oeuvres complètes« ohne jedoch eine Anzahl von Archiven überhaupt zu berücksichtigen. Max Nettlau (1865-1944) zählt zu den renommiertesten Historikern des Anarchismus. Er legte eine deutschsprachige Ausgabe unter dem Titel »Gesammelte Werke« in drei Bänden (1921, 1923 und 1924) vor, die 1975 reprintet wurde, und seitdem als das non plus ultra der Editionsgeschichte galt – aber dem Denker und Revolutionär Bakunin, der auch in Deutschland tätig war (etwa beim Dresdner Mai-Aufstand von 1849), in keiner Weise gerecht wird.

Wolfgang Eckhardt schätzt, das bisher lediglich 45% der Schriften und 20% der Briefe überhaupt ins Deutsche übersetzt wurden, sodass die Nettlau'sche Ausgabe lediglich als ein Beginn betrachtet werden kann, sich dem Menschen und Revolutionär Bakunin zu nähern. Neben dieser Unvollständigkeit der Bakunin-Schriften gibt es noch den für die gesamte europäische ArbeiterInnenbewegung so wichtigen Disput der beiden damaligen führenden Köpfe Karl Marx (1818-1883) und Bakunin, die beide für zwei entscheidende Richtungen in der Ersten Internationale (1864-1877) stehen. Vereinfacht gesagt ging es um Herrschaft oder Freiheit, Diktatur oder Emanzipation. Diese beiden Richtungen spalten bis heute das Linke Lager. Die Auseinandersetzung jener beiden hat im Lager der AnarchistInnen sogar zum Anti-Kommunismus geführt, da die Geschichte zeigte, das dort wo die Autoritären die Macht bekamen, die anarchistischen KampfgefährtInnen die nächsten Opfer wurden: ob in Russland (1917) oder in Spanien (1936). Dieser grundlegende Konflikt zwischen Marx und Bakunin ist letztlich kaum aufgearbeitet worden, und schon gar nicht im Kontext der damaligen Situation und des politischen Umfeldes betrachtet worden.

Genau diesem Thema widmete sich bereits der Band 5 der Eckhardt'schen ausgewählten Bakunin-Schriften aus dem Jahr 2004, in dem der erste Teil des Konflikts mit Marx (Texte und Briefe bis 1870) dokumentiert wurde. So, und jetzt kommt eben der Hammer, der 2. Teil: 11,5 cm breit, 18 cm lang und 7,5 cm dick – und ergänzend dazu: 1.200 Gramm schwer. Der Band 6 erscheint in zwei Teilbänden mit zusammen 1.239 Seiten! Als Michael Bakunin; Konflikt mit Marx, Teil 2: Texte und Briefe ab 1871. Der erste Teilband mit 669 Seiten (und 2013 Fußnoten) stellt lediglich die Einleitung (sic!) von Wolfgang Eckhardt dar, und der zweite Teilband besteht aus Zeitdokumenten, Briefen und Register (sowie 647 Anmerkungen). Eine Mammutarbeit.

Mit berechtigtem Stolz überreichte mir Wolfgang Eckhardt diesen 6. Band seiner Bakunin-Ausgabe, 16 Jahre nach Erscheinen des ersten Bandes, und einer ungewissen Zukunft, wann der zwölfte und letzte Band erscheinen wird. Ich gestehe, tief beeindruckt gewesen zu sein. Eckhardt gehört nicht der akademischen Zunft an, die dafür bezahlt wird zu forschen. Es war für mich auch ein kleiner Triumpf einer 40jährigen Gegen- und Alternativ-Bewegung, die etwa in Berlin die Bibliothek der Freien hervorgebracht hat, zu deren Gründungsmitgliedern Eckhardt und ich gehörten. Es war seine Liebe zum Thema, die neben seinem Brotjob seine Bakunin-Forschungen vorantrieb, die ihn heute zu einem international gefragten Kenner gemacht hat, der sich ohne jede Übertreibung in die Reihe neben Nettlau und Lehning einreihen kann. Seine Genauigkeit, die höchste wissenschaftliche Standards erfüllt, freut mich gerade in den heutigen Tagen, ohne Namen und abgeschriebene Doktorarbeiten von amtierenden Ministern zu nennen. Wir können alles selber. Wir brauchen weder Staat noch Institutionen. Nur mal so, als ein kleines Beispiel.

Wolfgang Eckhardt hat nun erstmal seine Arbeit getan. Jetzt wünscht er sich – vor allem von eventuellen Rezensenten wie mir – dass dieses Buch auch gelesen, ja »durchgearbeitet« wird. Zu Recht. Und niemand sollte sich davon abschrecken lassen. Es wird – so hoffe ich doch stark – eine gewinnbringende Lektüre sein, die ich dann gerne an dieser Stelle ausführlicher vorstellen möchte.●

Jochen Knoblauch

Michael Bakunin: Ausgewählte Schriften. **Hrsg. von Wolfgang Eckhardt**. Band 6: Konflikt mit Marx. Teil 2: Texte und Briefe ab 1871. Karin Kramer Verlag, Berlin 2011, zwei Halbbände, zus. 1.239 Seiten, einige Abbildungen, 78 EUR

Die Todesmärsche 1944/45

Viel wurde und wird über die Schreckenszeit des Nationalsozialismus publiziert. Nicht wirklich übersehen, aber kaum systematisch untersucht und dargestellt wurde bislang ein besonders schreckliches Kapitel der Nazizeit: die Todesmärsche von KZ-Häftlingen gegen Ende des 2. Weltkriegs.

Diese Lücke schließt die Anfang 2011 im rowohlt-Verlag erschienene Studie des israelischen Wissenschaftlers Professor Dr. Daniel Blatman. Auf knapp 850 Seiten entfaltet der Autor das Grauen der damaligen Zeit anhand von einer schier unüberschaubaren Zahl von historischen Quellen. Ergebnis der 10 Jahre dauernden Forschungstätigkeit ist eine systematische Darstellung und Dokumentation der Todesmärsche 1944/45, ergänzt um bedrückende Fallstudien einzelner Massaker an den ausgemergelten Häftlingen.

Besonders wertvoll erscheint mir die Analyse der Mitwirkung der angeblich so unwissenden und unschuldigen »Zivilbevölkerung« an vielen der Massaker. Beispielsweise im Kapitel »Das Massaker von Celle« (Seite 435-445): es war am 8. April 1945 als sich Dutzende bewaffnete Männer, aber auch viele Hitlerjungen aufmachten, um auf, wie Blatman schreibt, »Menschenjagd zu gehen« und mehrere hundert, meist osteuropäische Häftlinge erschossen oder erschlugen.

Breiten Raum nimmt das Massaker in Gardelegen (einem kleinen Städtchen in Sachsen-Anhalt) vom 13. April 1945 ein (S. 446 ff), über tausend Gefangene wurden dort ermordet. Teilweise erschossen, von Einheimischen, von Zivilisten, die noch zynisch scherzten: »Wir gehen auf Jagd, um Zebras abzuschießen.« (a.a.O., S. 516). Zebras deshalb, weil die Gefangenen vielfach gestreifte Kleidung trugen. Gerade an dem Massaker in Gardelegen wird besonders deutlich wie sehr die Zivilbevölkerung in die Ermordungen eingebunden war, sei es durch Denunziation von geflüchteten Häftlingen, oder durch »tatkräftige« und eigenhändige Ermordung der völlig entkräfteten Menschen.

Nur der Danksagung am Schluss des Buches kann ansatzweise entnommen werden, wie beschwerlich mitunter die Forschungsarbeit des Autors war, da es bis heute für viele ein Tabu zu sein scheint, sich mit der Verantwortlichkeit der Zivilbevölkerung auseinander zu setzen und entsprechend abwehrend auf Anfragen zu damaligen Geschehnissen reagierten.

Die Lektüre der Studie ist kein leichtes Unterfangen, denn die Leiden der Gefangenen werden ausführlich und nachdrücklich geschildert; die, die gestorben sind, kommen so noch einmal zu Wort und dienen als Mahnung an nachfolgende Generationen (auch wenn es immer Unbelehrbare gibt, wie jene, die alljährlich in Dresden aufmarschieren wollen und denen auch noch die deutschen Gerichte beispringen um den Nazis ihr Demo»recht« durchzusetzen).

Ein umfangreiches Literatur-/Quellenverzeichnis sowie einige Photos ergänzen das Buch. Ganz besonders bedrückend die Aufnahme eines der Opfer des schon erwähnten Massakers von Gardelegen, wo unter anderem 1.000 Menschen in einer Scheune mit Benzin übergossen und verbrannt wurden. Man sieht einen knieenden, hingekauerten Torso.

Kein Vergeben – Kein Vergessen!●

Thomas Meyer-Falk, z.Zt. JVA Bruchsal
www.freedom-for-thomas.de

Daniel Blatman: Die Todesmärsche 1944/45, erschienen 2011 im rowohlt-Verlag, ca. 860 Seiten, 34,95 EUR

Irrenoffensive

Es gibt zwei gute Gründe, dieses Buch zu lesen. Jeder allein würde schon reichen. Zum einen tragen die Aktiven aus der Irrenoffensive eigene Texte und Dokumente zusammen, um ihre Auffassungen fehlender Legitimität erzwungener psychiatrischer Begutachtung und Behandlung zu untermauern. Es ist also ein Sachbuch. Zum anderen aber geben die AutorInnen tiefe Einblicke in ihre Organisationsstrukturen und -philosophie. Das schien ihnen auch wichtig zu sein, denn mit der Irrenoffensive handelt eine Gruppe von Betroffenen, ohne sich aber auf das (durchaus legitime) Bejammern der eigenen Situation zu beschränken. Ganz im Gegenteil: Hier wird selbstbestimmt und selbstbewusst der Anspruch politischer Intervention erhoben – eine Organisationskultur, an der sich in Deutschland viele schwerfällige und geldgeile Großverbände durchaus eine Scheibe von abschneiden könnten. Da das Buch auch zur Debatte herausfordern will, fallen kleine Kritikpunkte nicht wesentlich ins Gewicht. Zumal: Wer die Gruppe kannte, hatte die kleinen Nicklichkeiten schon erwartet, dass hier engstirnig dafür gekämpft wird, als (einziges) Folteropfer anerkannt zu werden oder das eigene Leid als schlimmer als z.B. das von Strafgefangenen darzustellen, deren Welt den AutorInnen aber weitgehend unbekannt ist. Außerdem ist es angesichts der Inhaltsstärke des Buches gar nicht nötig, mit solchen Abgrenzungen punkten zu wollen. Es könnte der Solidarität verschiedener Betroffener von Unterdrückung abträglich sein.●

Jörg Bergstedt

Irrenoffensive. 2010, ag spak, Neu-Ulm, 156 S., 16 EUR

Anzeige

Anti-Repression | Neuerscheinung

edition assemblage

88 Seiten, 4,80 Euro
ISBN 978-3-942885-00-3

Bündnis für die Einstellung der §129(a)-Verfahren

Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen
Zu den Verfahren und dem Prozess wegen Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg)

Nach drei Jahren Solidaritätsarbeit und der Verurteilung von Axel, Florian und Oliver wegen versuchter Brandstiftung an Bundeswehr-LKW im Berliner mg-Prozess legt das Einstellungsbündnis sein Resümee vor. Die Soli-Gruppe beschreibt unter anderem die verschiedenen Linien und Fallstricke der Soli-Arbeit, die Möglichkeiten und Schwierigkeiten, einen politischen Prozess zu führen und die Wahrnehmung durch die Linke und die Medien. Die Auswertung versteht sich als Handreichung für alle, die sich mit Repression auseinandersetzen, von ihr betroffen sind oder sein könnten.

edition assemblage
Hafenweg 31 | D-48155 Münster
info@edition-assemblage.de
www.edition-assemblage.de

PROJEKTE

Südeifel – Landleben im Dorf
Frauengemeinschaft in Gründung hat Platz, Gast oder ganz? Einfach subsistent leben, Garten, Handwerk, Vernetzung, Jahreskreis.
☎(0 65 22) 10 46

Hof in der Altmark hat eine Wohnung und zwei Stellplätze frei. Mit Ofenheizung und Badeofen im gem. Bad. Mitbenutzung von Gemeinschaftsküche und -räumen, Garten u.a. möglich. Miete zwischen 100 und 250 EUR incl. NK.
Kontakt: hofprojekt@gmx.net

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83

ESPERO
Libertäres Forum
Ulrich Klemm
Francisco Ferrer
Ein libertärer Schulreformer
50 Seiten, 5.- €uro
Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 5.— €uro
Uwe Timm
Verlorene Kindheit -Errungene Freiheit
208 Seiten, 19,00 €uro
www.espero-versand.net
Oder jede gute Buchhandlung

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/
redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www. ricardabuch.de, E-Mail: info@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten:** Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 17.-19.6.2011
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@
kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

LOS GEHT'S 2011

Die Besonderheit des diesjährigen »Los Geht's ist, das es auf einem Gelände stattfindet, welches im Anschluss erworben werden könnte. Es handelt sich um den alten Hubenthalhof am östlichen Ortsrand von Oberkaufungen bei Kassel. Das bundesweite Treffen für Gemeinschaftsinteressierte, Gründungsgruppen und bestehenden Kommunen, die noch EinsteigerInnen suchen, findet vom **10. bis 14. Juni 2011** statt. Mehr dazu auf Seite 3 in dieser Ausgabe.
Information & Anmeldung:
www.losgehts.eu

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Studientag
Solidarische Ökonomie

Die globalen Krisen des Wirtschafts- und Finanzsystems zeigen dessen Grenzen auf. Die politischen Eliten der Nationalstaaten beschränken sich auf für die Allgemeinheit kostspielige, schuldenfinanzierte und eher kurzfristige Schadensbegrenzung. Sie werden kaum in der Lage sein, die Krisendynamik in der Zukunft zu verhindern. Stellt die Wirtschaftsordnung in der repräsentativen Demokratie die Lebensgrundlagen ökologisch nachhaltig und sozial ausgewogen sicher, oder folgt sie eigenen Gesetzen? Große Teile der Wirtschaft und insbesondere des Finanzsektors sind offenkundig einer verantwortungsvollen gesellschaftlichen Kontrolle entzogen.
Viele Menschen bewegt die Frage, was an unserer Art des Wirtschaftens geändert werden könnte, um weitere, vielleicht noch bedrohlichere Krisen zu vermeiden. Unter dem Begriff »Solidarische Ökonomie« werden eine Vielzahl von Wirtschaftsunternehmen, Initiativen, Projekten und Ideen in vielen Ländern der Welt zusammengefasst, die auf eine andere Weise die materielle Basis unserer gesellschaftlichen Verhältnisse herstellen. Sie baut auf eine Kultur gesellschaftlicher Solidarität. Und schließt durch ihre ökologische Orientierung die nachhaltige und gemeinwohlorientierte Nutzung der natürlichen Ressourcen ein. Mit den ReferentInnen wollen wir diese Alternativen zur vermeintlich alternativlosen, ausschließlich renditeorientierten Wachstumswirtschaft mit ihren die Demokratie gefährdenden »Nebenwirkungen« prüfen, diskutieren und in Arbeitsgruppen Einzelthemen zur »Solidarischen Ökonomie« beleuchten.
Termin: 9.4.2011, 10 Uhr
Ort: Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN, Albert-Schweitzer-Straße 113-115, 55128 Mainz
Information & Anmeldung:
Irmgard Reuter, i.reuter@zgv.info
oder ☎(0 61 31) 28 74 40

Neuer Kongress 2012

Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
Der nächste Kongress zu Solidarischer Ökonomie ist für 2012 in Wien geplant! Der Vorbereitungsprozess hat schon begonnen und alle Interessierten sind wieder herzlich eingeladen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen zu kommen oder anderes beizutragen.
Newsletter oder Mailingliste über:
sol-oek-2008@web.de
Mehr: www.solidarische-oekonomie.at

GEMEINWOHL-ÖKONOMIE

Die Gemeinwohl-Ökonomie als Alternative?
Neue Werte für die Wirtschaft mit Christian Felber

Es gibt eine Alternative zu Kapitalismus und Planwirtschaft. Die Gemeinwohl-Ökonomie baut nicht auf Gewinnstreben und Konkurrenz, sondern auf Gemeinwohl-Streben und Kooperation – denselben humanen Grundwerten, die unsere zwischenmenschlichen Beziehungen gelingen lassen. Gewinn ist nur noch Mittel, nicht mehr Zweck. Die Gemeinwohlbilanz wird zur Hauptbilanz aller Unternehmen. Je sozial verantwortlicher, ökologisch nachhaltiger, demokratischer und solidarischer sich Unternehmen verhalten, desto mehr Vorteile – etwa bei Steuern und der Vergabe öffentlicher Aufträge – erhalten sie. Die Systemdynamik belohnt endlich die Richtigen: Unternehmen, die Empathie, Kooperation und Solidarität leben.
In der Gemeinwohl-Ökonomie stimmen die Werte unserer Alltagsbeziehungen mit den Werten der Wirtschaft überein.
www.gemeinwohl-oekonomie.org
Christian Felber studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie und ist seit 2004 auch zeitgenössischer Tänzer und Performer.
Er ist Mitbegründer von attac und der Bewegungsstiftung in Österreich, freier Publizist und Autor zu Wirtschaftsthemen (»Neue Werte für die Wirtschaft« 2008, »Die Gemeinwohlökonomie« 2010, s. auch Seite 4 in dieser Ausgabe).
Termin: 10.5.2011, 19.30 Uhr
Ort: Haus Felsenkeller, Altenkirchen
Info: www.boell-rlp.de

FAIR HANDELN

Internationale Messe für Fair Trade und global verantwortungsvolles Handeln

Vom **14. bis 17. April** veranstaltet die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) die dritte FAIR HANDELN Internationale Messe für Fair Trade und global verantwortungsvolles Handeln. Importeure, Großhändler, Einzelhändler, kirchliche und staatliche Institutionen, Unternehmen und Verbände, Vertreter aus Politik und Gesellschaft, Aktive aus Weltläden und interessierte Verbraucher sind zu dieser Internationalen Informations- und Kontaktbörse für global verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln eingeladen. Begleitend zur Fach- und Verbrauchermesse findet ein attraktives und informatives Rahmenprogramm statt.
Ort: Stuttgart, Neue Messe
Info: www.fair-handeln.com

GARTENBAU

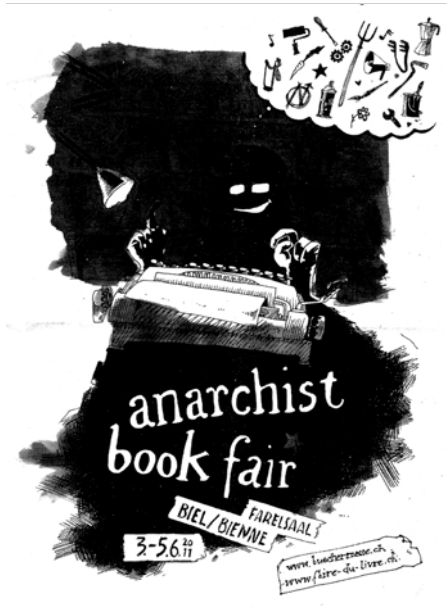
Pflanz dir die Welt, so bunt sie dir gefällt...!

Du willst dir eigenes Gemüse anbauen? Hast keine Lust mehr auf das Grau in deiner Nachbarschaft? Bioladen ist zu teuer? Du hast Spaß daran draußen zu sein, aber zuwenig Gründe? ... Dann fang doch an zu Gärtnern!
An diesem Wochenende soll es darum gehen, ein Grundwissen zu erlangen, wie du dir selbst dein eigenes Gemüse biologisch anbauen kannst. Es wird theoretisch und praktisch ein Rundumblick über die Gemüsesaison gegeben, mit allem was wichtig ist zu wissen, von der Bodenbearbeitung, Werkzeugkunde übers Säen, Pflanzen, Pflegen bis zum Ernten und Lagern, aber natürlich auch über die Besonderheiten des Bioanbaus.
Termin: 15.-17.4.2011
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@
kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

BEWEGUNGSSTIFTUNG

Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen

Wann sind soziale Bewegungen erfolgreich und was lässt sie scheitern? Welche Themen haben es leichter gehört zu werden? Kann ein Misserfolg manchmal auch ein Erfolg sein? Und wie geht es weiter, wenn soziale Bewegungen ihr Ziel erreicht haben?



ATTAC

Jenseits des Wachstums?!
Kongress

Wirtschaftswachstum wird weltweit als universales Rezept gegen ökonomische Probleme jeglicher Art angepriesen. Angesichts des Klimawandels, unsicherer Arbeitsplätze, der Zerstörung der Umwelt, der Umverteilung von den Armen zu den Reichen wird deutlich, dass dieses alte Rezept nicht funktioniert. Attac will gemeinsam mit Bündnispartnern nach neuen Antworten für die drängenden Krisen unsere Zeit suchen – Antworten, die jenseits des Wachstumswahns liegen.

Vom **20.-22. Mai 2011** diskutieren in der TU in Berlin über 100 ReferentInnen in über 70 Veranstaltungen darüber, wie eine »Postwachstumsökonomie«, eine Wirtschaft jenseits des Wachstums, aussehen könnte, welche Hindernisse es auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft ohne Wachstum zu überwinden gibt und warum Umverteilung ein zentraler Bestandteil einer nicht wachsenden Wirtschaft sein muss. Neben Diskussionen in Podien, Foren und Workshops sind auch künstlerische Aktionen vorgesehen, die die Frage nach der Veränderbarkeit der Gesellschaft und unserer eigenen Wünsche auf eine andere Art thematisieren.
Zur Eröffnung werden Vandana Shiva (Indien) und Alberto Acosta (Ecuador) über die Notwendigkeit einer Gesellschaft jenseits des Wachstums sprechen.
Info:
www.jenseits-des-wachstums.de

Diese und weitere Fragen wollen wir vom **17. bis 19. Juni 2011** auf der Tagung in Frankfurt am Main diskutieren. Sie richtet sich an Aktive aus sozialen Bewegungen, die Interesse an einem Austausch haben und voneinander lernen wollen.
Organisiert wird die Tagung von der Bewegungsstiftung. Zusammen mit der Stiftung bridge hat sie in den letzten neun Jahren über 80 Kampagnen gefördert. Nun wollen wir mit der Tagung das Gespräch über Erfahrungen und Herangehensweisen eröffnen. Mit welchen Widrigkeiten haben alle zu kämpfen? Und welche Tipps können wir einander geben?
Information & Anmeldung:
www.bewegungsstiftung.de/anmeldung-tagung.html
info@bewegungsstiftung.de

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

ANARCHISMUS

1. Anarchistische Buchmesse
Vom **9. bis 10.4.2011** in Mannheim im Jugendkulturzentrum FORUM.
Eröffnungskonzert am 8.4.2011 im Jugendzenrum in Selbstverwaltung »Friedrich Dürr« mit »Guts Pier Earshot« und »The Alick a Problem«
Mehr Info:
http://buchmesse.anarchie-mannheim.de

Russland 1917 und Spanien 1936
Zwei Revolutionen im libertären Vergleich

Worin bestand die Schwäche der russischen libertären Bewegung und wo lagen die Stärken der spanischen AnarchosyndikalistInnen der CNT? Wie waren die Ausgangsbedingungen? Wie sah die Vorgeschichte der Bewegungen in beiden Ländern aus?
In Russland hatte 1921 die Parole »Alle Macht den Räten« mit der militärischen Niederwerfung der Kommune von Kronstadt ein Ende gefunden, die Machnotschina in der Ukraine wurde zerschlagen. In Spanien hatten in den Hochburgen der CNT Selbstverwaltung in den Betrieben und in landwirtschaftlichen Kollektiven Einzug gehalten. In beiden Revolutionen mussten die Libertären gewaltige Niederlagen einstecken. Wie kam es dazu? Welche Lehren können gezogen werden? Welche Schwierigkeiten und Hindernisse sind zukünftig in Betracht zu ziehen? Mit dem Referat soll der Versuch unternommen werden, Fehler, Probleme und Rückschläge für eine positive libertäre Zukunft umzumünzen.
Termin: 13.4.2011, 19 Uhr
Kulturschankwirtschaft BAIZ
(Ecke Tor-/Christinenstr., Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz, www.baiz.info)

Lange Nacht der MACHNOTSCHINA
Vortrag + Filme

Mit 17 Jahren war Nestor Machno als Mitglied einer Gruppe robinhoodartiger Anarchoterroristen, »Besmotivni«, an Raubüberfällen auf Reiche beteiligt. Nur auf Grund seiner Jugend kam er 1911 vor Gericht mit dem Leben davon. Im Butyrka-Gefängnis lernte er den erfahrenen Anarchisten Arshinov kennen, der sein Lehrmeister und Gefährte wurde. Durch die Revolution seit 1917 aus dem Gefängnis befreit und aufständisch, organisierte er mit seinen GenossInnen schon vor der »Oktoberrevolution« den Rayon Gulyai Pole, seine Heimat in der Ukraine, in ein libertäres Gemeinwesen um und scharte als legendäres militärisches Naturtalent unter der schwarzen Fahne der Anarchie eine Reiterarmee um sich, die der Schrecken der »Weißen« wurde.
Er paktierte mit Lenin, den er besuchte und wurde wiederholt von den Bolschewisten verraten, nachdem er ihnen mit seiner Armee zweimal zum Sieg verholfen hatte. Gulyai Pole wurde bolschewisiert und die Machno-Armee 1921 nach erbitterten Kämpfen von der Roten Armee zerschlagen. Vielfach verwundet gelangte Machno über u.a. Berlin nach Paris, wo er 1934 an der im Gefängnis erworbenen Tuberkulose starb.
Heute ist er in der Ukraine ein Volksheld. Wir stellen in einem Vortrag die anarchistische Bewegung der Ukraine vor und zeigen dazu Bilder und Filme.
Termin: 27.4.2011, 19 Uhr
Kulturschankwirtschaft BAIZ
(Ecke Tor-/Christinenstr., Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz, www.baiz.info)

KONGRESS

Die Zeit ist reif

Wir gehen in eine Lebens Werte Gesellschaft. DIE ZEIT IST REIF! Wir suchen wegen der sich jagenden, weltweiten Krisen der patriarchalen Zivilisation eine grundsätzliche Veränderung unserer Lebenswese. Insbesondere die Menschen der jüngeren Generationen wollen Wege finden, um das Patriarchat mit seiner globalen Zerstörungswut zu verlassen. Wir alle wollen wissen: Was tun? Deshalb wächst das Interesse an der matriarchalen Gesellschaftsform weltweit. Sie hat ganz andere Muster als jede Form des Patriarchats, sei diese nun traditionell patriarchal oder kapitalistisch patriarchal. Denn Matriarchate haben eine gewaltlose Gesellschaftsordnung: Sie folgen mütterlichen Werten. Sie beruhen auf der Gleichwertigkeit der Geschlechter. Ihre politischen Entscheidungen fallen im Konsens. Äußerst intelligente, soziale Spielregeln gewährleisten ein gutes Leben für alle. Ihre Spiritualität verhindert die Ausbeutung unserer Mutter Erde.
Es gibt Matriarchate noch heute in verschiedenen Kontinenten – allerdings werden sie von der patriarchalen Zivilisation missverstanden, ausgeblendet und unterdrückt. Deshalb ist der Kongress diesen Gesellschaften als Erbe der Menschheit, insbesondere der Frauen, gewidmet und dem, was wir politisch daraus lernen können. Die moderne Matriarchatsforschung bringt sie wieder ans Licht.
Gleichzeitig soll der Kongress neue Wege aufzeigen. Die praktischen Möglichkeiten, die sich aus dem Wissen über matriarchale Gesellschaften ergeben, nennen wir Matriarchatspolitik. Es gibt dazu viele Ideen und neue Handlungsweisen in der feministischen und in anderen alternativen Bewegungen. Aus ihnen kommen InitiativegeberInnen und VertreterInnen auf dem Kongress zusammen. Was sie über ihre Aktivitäten berichten, ermutigt zum Handeln. So wird sich die konkrete Vision einer neuen Gesellschaft entwickeln, und wir werden die Orientierung für Wege aus dem Patriarchat hinaus finden. Dieser Kongress ist die konsequente Folge aus den beiden vorangegangenen Weltkongressen für Matriarchatsforschung: 2003 in Luxemburg, unter der Leitung der Akademie HAGIA, und 2005 in den USA, unter der Leitung der Akademie HAGIA und des Centers for the Study of the Gift Economy, Texas. Er wird darüber hinausführen, denn DIE ZEIT IST REIF. Wir warten nicht mehr, wir gehen!
Termin: 12.-15.5.2011
Ort: Tonhalle St.Gallen/Schweiz
Information & Anmeldung:
http://kongress-matriarchatspolitik.ch

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN:

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.